

9. Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft: Dimensionen transatlantischer Beziehungen im Kalten Krieg (1945–1990)

Der Versuch, die Bedeutung der deutsch-amerikanischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu beschreiben und zu erklären, zwingt den Historiker, das ganze Jahrhundert in den Blick zu nehmen. Denn das Verhältnis der beiden Staaten, Gesellschaften und Kulturen zueinander in der Epoche des Kalten Krieges war im doppelten Sinne geschichtlich geprägt: durch die objektiven Folgen der amerikanischen Interventionen in die beiden Weltkriege und durch die Lehren, die auf beiden Seiten des Atlantiks aus diesen historischen Erfahrungen gezogen wurden.

Im Hinblick auf das ganze Jahrhundert darf aus amerikanischer Perspektive die Aussage gewagt werden, dass kein Land der Welt soviel zum Aufstieg der USA zur Supermacht und zur Globalisierung ihrer Interessen beigetragen hat wie Deutschland, Europas Zentralmacht.¹ Es war vor allem die dreifache Herausforderung durch das deutsche Problem im Ersten Weltkrieg, im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Weltkrieg, die dazu führte, dass die USA sich als militärische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht auf dem eurasischen Doppelkontinent etablierten, zu dem das Land im 19. Jahrhundert besonders militärisch und bündnispolitisch Distanz gehalten hatte.²

Deutschland war der Feind Nummer eins im Ersten Weltkrieg, gegen den die USA zwei Kriege führten, einen militärischen in Europa und einen Kulturkampf

- 1 Zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen im 20. Jahrhundert siehe *Hans W. Gatzke*, *Germany and the United States. A »Special Relationship«?* Cambridge, Mass., 1980; *Manfred Jonas*, *The United States and Germany. A Diplomatic History*. Ithaca, N.Y./London 1984; *Frank Trommler* (Hrsg.), *Amerika und die Deutschen. Bestandsaufnahme einer 300jährigen Geschichte*. Opladen 1986, 351–676. [English version: Frank Trommler and Joseph McVeigh, eds., *America and Germany: An Assessment of a Three-Hundred-Year History*, vol. 2, *The Relationship in the Twentieth Century* (Philadelphia, 1985)]; Carl C. Hodge/Cathal J. Nolan (Hrsg.), *Shepherd of Democracy. America and Germany in the Twentieth Century*. Westport, Conn., 1992; Klaus Larres/Torsten Oppelland (Hrsg.), *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert. Geschichte der politischen Beziehungen*. Darmstadt 1997.
- 2 *Samuel F. Wells Jr./Robert H. Ferrell/David Trask*, *The Ordeal of World Power, American Diplomacy Since 1900*. Boston 1975; *Akira Iriye*, *The Globalizing of America, 1913–1945*. Cambridge, Mass., 1993; *Warren I. Cohen*, *America in the Age of Soviet Power, 1945–1991*. Cambridge, Mass., 1993; *Robert D. Schulzinger*, *American Diplomacy in the Twentieth Century*. 3. Aufl. Oxford/New York 1994; *Lloyd C. Gardner*, *A Covenant with Power. America and World Order from Wilson to Reagan*. New York 1984; *Detlef Junker*, *Von der Weltmacht zur Supermacht. Amerikanische Außenpolitik im 20. Jahrhundert*. Mannheim 1995; *Frank Ninkovich*, *The Wilsonian Century. U.S. Foreign Policy since 1900*. Chicago 1999; *Michael J. Hogan* (Hrsg.), *America in the World. The Historiography of American Foreign Relations Since 1941*. Cambridge, Mass., 1995.

Erstveröffentlichung: Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft: Dimensionen transatlantischer Beziehungen im Kalten Krieg, in: Detlef Junker (Hg.), in Verbindung mit Philipp Gassert, Wilfried Mausbach und David B. Morris: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990*. Ein Handbuch. Band I. 1945–1968. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart/München (2. Auflage) 2001, S. 17–56.

gegen die Deutschamerikaner im eigenen Lande. Im Zweiten Weltkrieg blieb für die politische und strategische Elite der USA das nationalsozialistische Deutschland selbst nach dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbor der vordringlich zu schlagende Gegner. Zwar wurde nach 1945 der amerikanisch-sowjetische Gegensatz zum überragenden Strukturprinzip der internationalen Beziehungen und die deutsche Frage weitgehend eine abhängige Variable des Verhältnisses der beiden Supermächte zueinander, aber dennoch blieb Deutschland Amerikas zentrales Problem in Europa. Das Machtvakuum, das die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches in Europa hinterließ, kann als die wichtigste Ursache für die Entstehung eines sowjetisch-amerikanischen Antagonismus nach 1945 angesehen werden. Die Gründung der NATO und die dauernde Stationierung amerikanischer Truppen auf deutschem Boden – beides Revolutionen der amerikanischen Außenpolitik – waren eine direkte Folge der Tatsache, dass sich die Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges nicht über die innere Ordnung Deutschlands und über seinen Platz in Europa einigen konnten. Die Berlinkrisen von 1948/49 und 1958–1962 gehörten zu den für den Weltfrieden gefährlichsten Ereignissen des Kalten Krieges. Besonders die zweite Krise, die eng mit der Kubakrise verknüpft war,³ und der Bau der Mauer legten das Dilemma der Amerikaner frei, die weder für Berlin und die Deutschen in einem Atomkrieg sterben noch durch einen Rückzug aus West-Berlin ihr Prestige und ihre Position als europäische Hegemonialmacht gefährden wollten.

Darüber hinaus verfolgte der Nationalsozialismus die US-Weltpolitik nach 1945 wie ein Schatten. Denn die überragende Maxime, die Sowjetunion einzudämmen, verband sich in dieser Generation amerikanischer Politiker mit der großen Lehre über das Versagen der Demokratien in den 1930er Jahren. Nie wieder dürfe gegenüber Diktatoren eine Politik der Beschwichtigung (»appeasement«) betrieben werden; ein zweites München dürfe es nicht geben, weder in Europa noch in Asien. Auch die Domino-Theorie, die in den USA während des Kalten Krieges als politische Allzweckwaffe zur Rechtfertigung von Bündnissen, militärischen Interventionen und wirtschaftlicher Hilfe in Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika verwendet wurde und die Amerikaner schließlich in den Vietnamkrieg hineinzog, liegt in dieser Erfahrung begründet.

In geostrategischer Hinsicht war die Eindämmung der Macht des deutschen Nationalstaates im Zentrum Europas ein Leitmotiv amerikanischer Europapolitik seit dem Zeitalter des Imperialismus, als das Wilhelminische Deutschland und ein imperiales Amerika ihren Status als regionale Großmächte sprengten und konkurrierende Weltmächte wurden. Deutschland wurde nur dann zu einem Problem für die Vereinigten Staaten, wenn es zum Hegemon oder Unterdrücker Europas aufzusteigen drohte. Die von Europa weit entfernten USA fürchteten, anders als Deutschlands

3 John C. Ausland, *Kennedy, Krushchev, and the Berlin-Cuba Crisis, 1961–1964*. Oslo/Boston 1996; Aleksandr Fursenko/Timothy Naftali, *One Hell of a Gamble: Krushchev, Castro, and Kennedy, 1958–1964*. New York 1997; Ernest R. May/Philip D. Zelikow (Hrsg.), *The Kennedy Tapes: Inside the White House During the Cuban Missile Crisis*. Cambridge, Mass. 1997; Lawrence Freedman, *Kennedy's Wars: Berlin, Cuba, Laos, and Vietnam*. New York 2000.

europäische Nachbarn⁴, nie den 1871 geschaffenen deutschen Nationalstaat, aber immer die rivalisierende Weltmacht. Deshalb haben die Vereinigten Staaten einerseits das Wilhelminische und nationalsozialistische Deutschland in zwei Weltkriegen bekämpft, andererseits versucht, die Weimarer Republik durch eine wirtschaftliche und die Bundesrepublik seit 1949 zusätzlich durch militärische und diplomatische Integration einzudämmen und zu stabilisieren. Die Stabilität Europas und die Eindämmung Deutschlands gehörten zu den strategischen Zielen amerikanischer Weltpolitik im 20. Jahrhundert, von Woodrow Wilson bis George Bush.

In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts stellten die Deutschen nicht nur zweimal den Feind, sondern sie lieferten Amerika auch zweimal das überragende Feindbild. Die amerikanische Zivilreligion, jene unverwechselbare Mischung aus christlichem Republikanismus und demokratischem Glauben⁵, hat dabei die propagandistische Verwandlung des deutschen Kaiserreichs in das Reich des Bösen gewiss erleichtert. Erst dieses manichäische, Gut und Böse mit religiöser Inbrunst scheidende Muster ermöglichte es der Regierung Wilson, den Kampf um die keineswegs kriegsbereite Seele des amerikanischen Volkes zu gewinnen.⁶ Von 1937 bis 1941 wiederholte sich dieser Vorgang in groben Zügen, mit dem großen Unterschied allerdings, dass es sich im Falle des nationalsozialistischen Deutschlands, anders als beim Kaiserreich, tatsächlich um ein Reich des Bösen handelte.

Auch in der Verwirklichung der positiven Kehrseite dieses manichäischen Musters amerikanischer Politik, ihrer Mission, der Welt Freiheit und Demokratie zu bringen, haben die Deutschen eine zentrale Rolle gespielt. Auch in dieser Hinsicht ist das »amerikanische Jahrhundert« ohne die Deutschen schwer zu denken.⁷ Es war die deutsche Herausforderung, die Präsident Wilson dazu zwang, die amerikanischen Sendungsziele zu entgrenzen und zu globalisieren; von der passiven Idee, Amerika in ein neues Jerusalem zu verwandeln und durch eigenes Beispiel ein Leuchtfeuer für die Welt zu sein, bis zur aktiven Missionspflicht, »zurückgebliebene«, weniger freiheitliche und weniger »zivilisierte« Völker auf amerikanisches Niveau zu heben.⁸ Wilsons Forderung, die Welt für die Demokratie sicher zu machen, war der ideelle Höhepunkt seiner Kriegsbotschaft, mit der er im April 1917 den Kriegseintritt

4 Gottfried Niedhart/Detlef Junker/Michael Richter (Hrsg.), Deutschland in Europa. Nationale Interessen und internationale Ordnung im 20. Jahrhundert. Mannheim 1997.

5 Walter A. McDougall, *Promised Land, Crusader State. The American Encounter with the World Since 1776*. Boston/New York 1997; Michael H. Hunt, *Ideology and United States Foreign Policy*. New Haven 1987; Knud Krakau, *Missionsbewußtsein und Völkerrechtsdoktrin in den Vereinigten Staaten von Amerika*. Frankfurt a. M./Berlin 1967; Kurt R. Spillmann, *Amerikas Ideologie des Friedens. Ursprünge, Formwandlungen und geschichtliche Auswirkungen des amerikanischen Glaubens an den Mythos einer friedlichen Weltordnung*. Bern/New York 1984.

6 Detlef Junker, *Die manichäische Falle. Das deutsche Reich im Urteil der USA 1871–1945, in: Das deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn*. Hrsg. v. Klaus Hildebrand. München 1996, 141–158. [English version: Detlef Junker, *The Manichaeian Trap. American Perceptions of the German Empire, 1871–1945* (German Historical Institute, Occasional Paper 12). Washington, D.C., 1995.]

7 Tony Smith, *America's Mission. The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century*. Princeton 1994; Emily S. Rosenberg, *Spreading the American Dream. American Economic and Cultural Expansion, 1890–1945*. New York 1982.

8 H. W. Brands, *What America Owes the World. The Struggle for the Soul of Foreign Policy*. New York 1998.

seines Landes gegen Deutschland rechtfertigte. Das Scheitern dieser Mission im Zwischenkriegsdeutschland ist von Teilen der politischen Elite der USA auch als ein Versagen ihres Landes verstanden worden, das sich nach dem Versailler Vertrag militärisch und bündnispolitisch aus Europa zurückzog und nur wirtschaftlich und kulturell präsent blieb.

Nach 1945 gehörten deshalb die Pazifizierung und Demokratisierung Deutschlands – und Japans – zu den zentralen Zielen amerikanischer Außenpolitik. Weder vorher noch nachher haben die Amerikaner so viele Ressourcen aufgewendet, um zwei fremde und besetzte Nationen nach ihrem Vorbild politisch, gesellschaftlich und kulturell zu verwandeln. Unter dem Einfluss des Kalten Krieges machten die USA das westliche Deutschland zum Teil einer atlantischen Sicherheits-, Werte-, Produktions-, Konsum-, Informations-, Freizeit-, Reise- und Unterhaltungsgemeinschaft unter amerikanischer Hegemonie. Besonders Berlin, von 1933 bis 1945 der Sitz des Bösen, wurde nicht nur zum Symbol des Kalten Krieges und einer geteilten Welt, sondern auch zum Vorposten der Freiheit, zur »Stadt auf dem Berge«, auf der die Augen der Welt ruhten.⁹ Und nichts symbolisierte für die Amerikaner den Sieg der Freiheit über Kommunismus und Diktatur sinnfälliger als der Fall der Berliner Mauer, auf den sie fast enthusiastischer reagierten als viele überraschte und verunsicherte Westdeutsche.

Am Anfang des neuen Jahrtausends, zehn Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung und dem Zerfall des Sowjetimperiums, sind im kollektiven Bewusstsein der Amerikaner und in ihrer Erinnerungsindustrie beide Grunderfahrungen mit Deutschland in einer eigentümlichen Gemengelage zugleich verbunden und getrennt: die Erfahrungen mit dem Reich des Bösen und dem demokratischen Verbündeten im Rahmen einer transatlantischen Gemeinschaft. Allerdings scheint nicht der Kalte Krieg, sondern der Zweite Weltkrieg zur Achse der amerikanischen Identität im 20. Jahrhundert zu werden. Im Gegensatz zum moralisch mehrdeutigen Kalten Krieg – er hätte durchaus in der atomaren Katastrophe enden können¹⁰, und er wurde von einer Serie irritierend undurchsichtiger und grausamer Kriege an der Peripherie begleitet, aus denen das Debakel der USA in Vietnam heraussticht – gilt der Krieg gegen die Achsenmächte und Japan als das wichtigste Ereignis dieses Jahrhunderts und zugleich als Amerikas großer, guter und gerechter Krieg.¹¹ In diesem Krieg aber

9 Siehe den Beitrag von *Diethelm Prowe*, Bd. 1, Politik.

10 Einige Interpreten des Kalten Krieges halten diese Möglichkeit aufgrund des gewandelten internationalen Systems seit 1945 allerdings für gering. Siehe *John Lewis Gaddis*, *The Long Peace. Inquiries into the History of the Cold War*. Oxford/New York 1987; *John Mueller*, *Retreat from Doomsday. The Obsolescence of Major War*. New York 1989.

11 In einer Umfrage vom 6. Dezember 1999 antworteten die Amerikaner auf die Bitte, das aus ihrer Sicht bedeutendste Ereignis des 20. Jahrhunderts bzw. ein bedeutendes, aber nicht das bedeutendste Ereignis zu nennen, wie folgt: Der Zweite Weltkrieg (71 % das bedeutendste Ereignis; 21 % ein bedeutendes, aber nicht das bedeutendste Ereignis); das Frauenwahlrecht aus dem Jahre 1920 (66 %; 22 %); der Abwurf der Atombombe auf Hiroshima (66 %; 20 %); der nationalsozialistische Holocaust (65 %; 20 %); die Bürgerrechtsgesetzgebung von 1964 (58 %; 26 %). Auf den Plätzen sechs bis acht folgten der Erste Weltkrieg, die Landung eines Menschen auf dem Mond und die Ermordung von Präsident Kennedy. Es ist bemerkenswert, dass der Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 auf Platz 9 noch vor der Großen Wirtschaftskrise der 30er Jahre (10), dem Ende der Sowjetunion (11) und dem Krieg in Vietnam (12) genannt wurde. Nach dieser Umfrage hielten die Amerikaner den

war das nationalsozialistische Deutschland, nicht der Kommunismus der überragende Feind.

Die besondere Bedeutung des Zweiten Weltkrieges für die amerikanische Identität und Erinnerungskultur ergibt sich nicht nur daraus, dass er objektiv einen qualitativen Wandel von der Großmacht zur Supermacht markiert und sich neben dem Bürgerkrieg in den US-Massenmedien besonders gut für eine patriotische und heroische Geschichtsbetrachtung eignet. Darüber hinaus stellt im amerikanischen Bewusstsein der Holocaust als Verkörperung des absolut Bösen auch alle anderen Verbrechen dieses Jahrhunderts in den Schatten. Seit den 1960er Jahren ist in den USA und anderswo die historisch-wissenschaftliche, politische, künstlerische und religiös-theologische Auseinandersetzung mit dem Völkermord an den Juden in Europa ständig angewachsen. Seine Universalisierung, Vermarktung, Trivialisierung und Funktionalisierung durch Medien und Politik hat überdies zu einer Debatte über die »Amerikanisierung des Holocaust«¹² geführt. Dieser Vorgang steht im ursächlichen Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung der Erinnerung an den Holocaust für die jüdischen Gemeinden in den USA, in Israel und in anderen Teilen der Welt¹³, dem Verhältnis der amerikanischen Juden zu Israel, ihrer Sorge, ohne den Holocaust ihre Identität zu verlieren, und der erfolgreichen Institutionalisierung und Ausweitung der Forschung über und des Gedenkens an den Holocaust.¹⁴

Zu Beginn des neuen Jahrtausends ist schwer zu prognostizieren, welche Bedeutung die Amerikanisierung des Holocaust für das amerikanische Deutschlandbild, das Bild der Deutschen von den USA und das amerikanisch-deutsche Verhältnis in den nächsten Jahrzehnten gewinnen wird. Der Schatten des Holocaust kann für den Historiker aber nicht die fundamentale Tatsache verdunkeln, dass nicht nur aus deutscher, sondern auch aus amerikanischer Perspektive die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 1945 eine Erfolgsgeschichte sind, ohne Vorbild in der Geschichte der internationalen Beziehungen.

Die Lösung des deutschen Problems gehört zu den größten Erfolgen amerikanischer Weltpolitik im 20. Jahrhundert – ein Erfolg, den 1945 niemand voraussehen konnte, als der Zweite Weltkrieg endete und die Bilder von der Öffnung der Konzentrationslager Buchenwald und Dachau in den USA einen elementaren Ekel hervorriefen. Fast 40 Jahre war Deutschland integraler Bestandteil der zweifachen Eindämmungspolitik der USA in Kontinentaleuropa, nämlich der Eindämmung der sowjetischen und der

Zweiten Weltkrieg nicht nur für das bedeutendste Ereignis dieses Jahrhunderts, sondern auch für den gerechtesten Krieg, den die USA in ihrer Geschichte geführt haben. Gallup Poll Releases, Dec. 6, 1999. Unter den amerikanischen Juden halten 24% die Erinnerung an den Holocaust für »extremely important«, 54% für »very important«, 20% für »somewhat important« und nur 2% für »not important«. Siehe auch *Studs Terkel*, *The Good War. An Oral History of World War II*. New York 1984.

12 *Hilene Flanzbaum* (Hrsg.), *The Americanization of the Holocaust*. Baltimore/London 1999; *Peter Novick*, *The Holocaust in American Life*. Boston/New York 1999; *Jeffrey Shandler*, *While America Watches. Televising the Holocaust*. New York 1999.

13 *David S. Wyman*, (Hrsg.), *The World Reacts to the Holocaust*. Baltimore/London 1996.

14 *Shlomo Shafir*, *Ambiguous Relations. The American Jewish Community and Germany Since 1945*. Detroit 1999. Siehe die Beiträge von *Shlomo Shafir*, Bd. 1 und 2, *Gesellschaft*, sowie von *Alan Steinweis*, Bd. 1, *Kultur*, und von *Jeffrey Peck*, Bd. 2, *Kultur*.

deutschen Gefahr, verbunden mit dem Willen, Frankreichs Sicherheitsbedürfnis vor Deutschland und der Sowjetunion zu befriedigen, ohne das Land zu einer mit den USA konkurrierenden Hegemonialmacht aufsteigen zu lassen. Durch die Vereinigung Deutschlands zu westlichen Bedingungen konstituierte sich aus amerikanischer Sicht fast das beste aller möglichen Deutschlands: ein demokratisches Land mittlerer Größe in Europa, von politischem Einfluss und weltwirtschaftlichem Gewicht; ohne vitale Interessengegensätze zu Amerika, integriert in und eingedämmt durch europäische und atlantische Institutionen; nach dem Zwei-plus-Vier-Vertrag unfähig und nach seiner politischen Kultur unwillens, seine Nachbarn in Europa militärisch zu gefährden; trotz der zunehmenden Europäisierung der deutschen Außenpolitik der wichtigste Verbündete der USA auf dem europäischen Kontinent.

Aus deutscher Sicht hat kein Land der Welt das Schicksal der Deutschen im 20. Jahrhundert so geprägt wie die Vereinigten Staaten von Amerika. Zweimal scheiterte der Versuch des Deutschen Reiches, seine halbhegemoniale Stellung in der Mitte Europas zu sprengen und Weltmacht unter Weltmächten zu werden, am militärischen und politischen Widerstand der USA. Zugleich repräsentierte dieser zweifache »Kampf um die Weltmacht« auch den Kampf zweier verfeindeter Weltanschauungen. Verkörpert im amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, kristallisierte sich schon im Ersten Weltkrieg Amerika als der ideologische Hauptgegner des antiliberalen, autoritären Lagers in Deutschland heraus. Denn hinter der Debatte um »Siegfrieden« und uneingeschränkten U-Boot-Krieg standen nicht nur unterschiedliche Auffassungen über die Strategie und Kriegsziele, sondern auch über die innere Gestaltung des Deutschen Reiches.¹⁵ Die Feindbilder, die im Ersten Weltkrieg aufgebaut worden waren, prägten das deutsche Amerikabild bis in den Zweiten Weltkrieg hinein. Auch in den Jahren nach 1939 standen sich zwei antagonistische Ideologien gegenüber. Die Amerikaner sahen im Nationalsozialismus den Todfeind der Demokratie, Hitler in der Demokratie den Todfeind des Nationalsozialismus. Zusammengehalten durch den Antisemitismus als die alles umschließende ideologische Klammer, wurde der »Amerikanismus« von der NS-Propaganda als eine dem Bolschewismus ebenbürtige, ja sogar überlegene Geißel der Menschheit bezeichnet, nicht zuletzt deshalb, weil mit zunehmender Dauer des Krieges die USA zur gefährlichsten Bedrohung der deutschen Herrschaft über Europa wurden. Das besondere Merkmal der nationalsozialistischen Produktion von Amerikabildern lag darin, dass – aufbauend auf traditionellen Stereotypen – der antisemitisch-rassistische Antiamerikanismus der extremen deutschen Rechten ab 1938/39 schrittweise zum beherrschenden Faktor wurde. Wiederum war es ein amerikanischer Präsident, der die ideologische Feindschaft gegenüber Amerika personifizierte. Franklin D. Roosevelt, der »Hauptkriegstreiber«, habe, so die NS-Propaganda, als Agent des internationalen Judentums und der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung

15 *Ernst Fraenkel*, Das deutsche Wilson-Bild, in: Jahrbuch für Amerikastudien 5, 1960, 66–120; *Torsten Oppelland*, Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg. Die deutschen Parteien und die Politik der USA 1914–18. Düsseldorf 1995.

das amerikanische Volk in den Krieg gegen das Dritte Reich getrieben.¹⁶ Gelegentlich finden sich Versatzstücke dieser radikalen, nationalsozialistischen Amerikakritik im rechten Antiamerikanismus der Bundesrepublik wieder.¹⁷

Zweimal folgte auf das Ende der Feindseligkeiten eine Anlehnung des demokratischen Deutschlands an die USA als die Vormacht des Westens. Deshalb hat die Demokratisierungspolitik der Amerikaner nach 1945 ihre Wurzeln in der Zwischenkriegszeit, als der wachsende wirtschaftliche Einfluss der USA in Deutschland auch von ersten zaghaften Versuchen begleitet wurde, ein transatlantisches »Ideenbündnis« zu schaffen.¹⁸

Nach 1945 haben die USA einen entscheidenden Anteil daran gehabt, dass die Bürger der alten Bundesrepublik (1949–1990) Freiheit, Demokratie, Wohlstand, Konsum, Modernität und Mobilität wie keine andere Generation von Deutschen vorher genießen konnten. Existentieller noch: Sicherheit oder Untergang, das physische Überleben der Deutschen und ihre mögliche Auslöschung in einem atomaren Krieg, hingen von den Entscheidungen amerikanischer Präsidenten ab. Schließlich haben *alle* Deutschen ihre Einheit einerseits dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow, andererseits der entschlossenen und konsequenten Unterstützung der Vereinigten Staaten zu verdanken. Es waren die Supermächte, die Deutschland geteilt und vereint haben, seine europäischen Nachbarn spielten in beiden Fällen eine zwar erhebliche, aber nicht entscheidende Rolle.

Der enorme Einfluss der USA auf Sicherheit, Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft der Bundesrepublik während des Kalten Krieges ist im Wesentlichen auf sieben Ursachen zurückzuführen: erstens auf die überragende politische, militärische, wirtschaftliche, kulturelle, technische und ideelle Stellung der Supermacht USA nach 1945; zweitens auf eine außenpolitische Entscheidungselite in der Ära des Präsidenten Harry S. Truman von 1945–1952 von einer Entschlossenheit und Weitsicht, wie sie die USA seit den Gründungsvätern nicht mehr besessen hatte, eine Elite, die ihre Lehren aus der Geschichte gezogen hatte und entschlossen war, alles zu tun, um die Deutschen daran zu hindern, jemals wieder eine Gefahr für den Frieden in Europa und der Welt zu werden; drittens auf den dramatischen Wechsel von der Kriegskoalition zum Kalten Krieg und Antikommunismus; viertens auf eine schrittweise Verschiebung des amerikanischen Feindbilds in Europa von den Deutschen zu den Russen¹⁹; fünftens, damit eng verbunden, auf die Amerikanern

16 Philipp Gassert, *Amerika im Dritten Reich. Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933–1945*. Stuttgart 1997; Detlef Junker, *Die Kontinuität der Ambivalenz. Deutsche Bilder von Amerika 1933–1945*, in: *Gesellschaft und Diplomatie im transatlantischen Kontext. Festschrift für Reinhard R. Doerries zum 65. Geburtstag*, Hrsg. v. Michael Wala. Stuttgart 1999, 165–180. [englische Version: *Detlef Junker, The Continuity of Ambivalence: German Views of America 1933–1945*, in: *David E. Barclay/Elisabeth Glaser-Schmidt*, eds., *Transatlantic Images and Perceptions. Germany and America since 1776*. Cambridge/New York 1997, 243–263.]

17 Siehe den Beitrag von Philipp Gassert, Bd. 1, *Gesellschaft* und Thomas Grumke, Bd. 2, *Gesellschaft*.

18 Ernst Jäckh, *Amerika und wir: 1926–1951; amerikanisch-deutsches Ideen-Bündnis*. Stuttgart 1951.

19 Obwohl das amerikanische Deutschlandbild nach 1941 nicht so schlecht und bis 1955 nicht so gut war, wie man lange vermutete. Siehe Thomas Reuther, *Die ambivalente Normalisierung. Deutschlanddiskurs und Deutschlandbilder in den USA 1941–1955*. Stuttgart 2000. Vgl. auch Astrid M. Eckert, *Feindbilder im Wandel. Ein Vergleich des Deutschland- und des Japanbildes in den USA*

und Deutschen gemeinsame Angst vor sowjetischer Aggression und Expansion; sechstens auf den Willen der Westdeutschen, sich aus Notwendigkeit, Einsicht, aufgeklärtem Selbstinteresse und in Abkehr von der Vergangenheit nach Westen zu öffnen und in den USA mehrheitlich den Garanten für die eigene Sicherheit und den eigenen Wohlstand zu sehen; und siebtens auf die Bereitschaft der Westdeutschen, sich seit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 zunehmend in das Unvermeidliche zu schicken und im Rahmen der Entspannungspolitik den Preis für die Westbindung zu zahlen, die faktische Teilung Deutschlands. Seit dieser Zeit belastete die deutsche Parusieverzögerung, die ausgebliebene Wiedervereinigung, das Verhältnis zu den USA immer weniger. Amerikaner und Deutsche hatten die Hoffnung aufgegeben, sie in planbarer Zukunft erringen zu können.

Der Einfluss der Supermacht USA auf Deutschlands Westen war sicher in der Zeit des Alliierten Kontrollrates (1945–1948) und unter dem Regiment der Alliierten Hohen Kommissare (1949–1955) am größten. Aber auch nach der Aufnahme der völkerrechtlich wie politisch nie völlig souveränen Bundesrepublik in die NATO und dem Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz der vier Siegermächte im Jahre 1955 blieb Westdeutschland im existentiellen Sinne von der amerikanischen Hegemonialmacht, ihrer Nukleargarantie und der Präsenz amerikanischer Truppen westlich des Eisernen Vorhanges abhängig. Der wirtschaftliche Wiederaufstieg der Bundesrepublik und ihre Integration in den Weltmarkt waren nur im Rahmen eines liberalen, kapitalistischen Weltwirtschaftssystems möglich, das durch das wirtschaftliche Gewicht der USA und durch ihre Dominanz der entscheidenden Institutionen wie der Weltbank, des Weltwährungsfonds, des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) und der Zollsenkungsrunden garantiert wurde. Die Zufuhr von Rohstoffen nach Europa und Deutschland, insbesondere des Öls, wurde durch den amerikanischen Einfluss in anderen Regionen der Welt sichergestellt. Auch die innere Wendung der Westdeutschen und ihre schließliche Ankunft im Westen, die schrittweise Transformation der bundesrepublikanischen Werte, Mentalität, Gesellschaft und Kultur, ist nicht ohne einen erheblichen amerikanischen Einfluss zu erklären.

Die Gegenwärtigkeit des Vergangenen

Am Anfang waren Hitler und der Nationalsozialismus, nicht Stalin und der Kommunismus. Obwohl die amerikanisch-deutschen Beziehungen seit 1947 in den Bannkreis der konfrontativen Blockbildung zwischen West und Ost gezogen wurden, die sich schließlich über den ganzen Erdball erstreckte, blieb der Versuch des Deutschen Reiches, Europa unter eine nationalsozialistische Rassenherrschaft zu zwingen, der alles überragende Ausgangspunkt der amerikanischen Deutschlandpolitik. Nie wieder, so die große Lehre aus der Vergangenheit, durften die Deutschen eine Gefahr für die Sicherheit und Wohlfahrt Europas und der Welt bilden. Dieser Ausgangspunkt

1945 und 1946. Hamburg 1999 sowie aus der älteren Literatur *Christine M. Totten*, Deutschland – Soll und Haben: Amerikas Deutschlandbild. München 1964.

dominierte die amerikanische Deutschlandplanung im Zweiten Weltkrieg, beeinflusste die amerikanische Besatzungspolitik bis 1949 die Gründung des Weststaates im Jahre 1949 und das Handeln der Hohen Kommissare sowie die Entlassung in eine eingeschränkte Souveränität und Deutschlands Aufnahme in die NATO im Jahre 1955. Er wirkte weiter in der Phase der Entspannungspolitik und Rüstungskontrolle, war mitverantwortlich für die amerikanische Weigerung, Deutschland Zugang zu Atomwaffen zu gewähren, und ein Leitmotiv für die Integration der deutschen Wirtschaft in ein liberales Weltwirtschaftssystem. Auch der amerikanische Versuch, die deutsche Gesellschaft und Kultur zu verwandeln und zu demokratisieren, lebte aus diesem Vorsatz. Das Erbe des Dritten Reiches war die *raison d'être* für die Einbindung Deutschlands in europäische und atlantische Organisationen, ja selbst für die amerikanische Politik während der Wiedervereinigung und für die Bedingungen des Zwei-plus-Vier-Vertrages. Aus dem Blick in den Abgrund eines von Nationalsozialisten beherrschten Europa wurde bis 1990 das dominierende Motiv gespeist, Deutschland durch Integration einzudämmen.

Trotz der antikommunistischen Gemeinsamkeit, trotz der über die Jahrzehnte zum Ritual gewordenen Beschwörungen der atlantischen Sicherheits- und Wertegemeinschaft und trotz der unablässigen Bekundungen deutscher Dankbarkeit für die amerikanische Hilfe, z. B. für die Luftbrücke, den Marshallplan und die deutsche Wiedervereinigung, hat die Tatsache, dass die deutsche Vergangenheit auch in Amerika nicht vergehen will, Generationen deutscher Politiker, Bürger und Amerikareisender irritiert und in aktuellen Entscheidungslagen zu Misstrauen, ja zu Krisen im amerikanisch-deutschen Verhältnis geführt.

Das Erbe des Dritten Reiches zeigt sich vermutlich am deutlichsten in 45 Jahren amerikanischer Sicherheitspolitik gegenüber Deutschland. *Program to Prevent Germany from Starting World War III*²⁰, so war eine Fassung des berüchtigten Planes von Finanzminister Henry Morgenthau Jr. überschrieben, der eine Zerstückelung, Entmilitarisierung, radikale industrielle Abrüstung und langfristige Besetzung des aufgesplitterten Territoriums durch Deutschlands europäische Nachbarn vorsah, um das Land in der Mitte Europas für immer unfähig zu machen, jemals wieder Krieg zu führen. Wenn Morgenthaus Vorschläge auch nur in abgeschwächter und verwässerter Form Eingang in die Grundsätze amerikanischer Besatzungspolitik vom 10. Mai 1945 (JCS 1067/8) fanden²¹, so stimmten selbst Morgenthaus schärfste inneramerikanische Kritiker im Ziel mit ihm überein. Das deutsche Volk musste entwaffnet, entnazifiziert und umerzogen, die nationalsozialistischen Organisationen aufgelöst, die Kriegsverbrecher abgeurteilt und jede Möglichkeit einer nochmaligen deutschen Aggression für alle Zeiten verhindert werden.

20 U.S. Department of State, *A Decade of American Foreign Policy. Basic Documents 1941–1949*. Überarb. Aufl. Washington, D.C., 1985, 269–272. Siehe *Wilfried Mausbach*, *Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944–1947*. Düsseldorf 1996; *Bernd Greiner*, *Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans*. Hamburg 1995; *Warren F. Kimball*, *Swords or Ploughshares? The Morgenthau-Plan for Defeated Nazi-Germany, 1943–1946*. Philadelphia 1976.

21 Siehe den Beitrag von *Steven L. Rearden*, Bd. 1, Sicherheit; siehe auch den Beitrag von *Wilfried Mausbach*, Bd. 1, Wirtschaft.

Der Vorsatz, eine Rückkehr der Vergangenheit mit allen Mitteln zu verhindern, blieb auch in dem entscheidenden Jahrzehnt von 1945–1955 eine Konstante amerikanischer Sicherheitspolitik, wenn es auch seit 1946 immer klarer wurde, dass es nicht möglich war, sich mit der Sowjetunion über die Grundsätze der äußeren Abrüstung (z. B. eine langfristige Entwaffnung und die zukünftige Außenhandelspolitik) und inneren Abrüstung (z. B. über Entnazifizierung, Umerziehung, Reparationen, Demontagen und Entflechtung der deutschen Wirtschaft) zu einigen. Die USA waren, wie Großbritannien und Frankreich, auch nach der Gründung der Bundesrepublik nicht bereit, die Kontrolle über die deutsche Sicherheitspolitik abzugeben, nicht zuletzt deshalb, weil trotz der sich entwickelnden Westintegration des deutschen Teilstaates ein tiefsitzendes Misstrauen über die Demokratie- und Friedensfähigkeit der Deutschen vorhanden blieb.²²

Während die Deutschen ein überragendes Bedürfnis und Interesse daran hatten, auf dem langen Weg zurück in die Souveränität und die »Normalität«, in die politische, wirtschaftliche und moralische Gleichberechtigung, die Lasten abzuschütteln, die aus der Vergangenheit stammten, und besonders in den 1940er und 1950er Jahren einen sehr selektiven Umgang mit ihrer Vergangenheit pflegten²³, zogen die Alliierten im Allgemeinen, die USA im Besonderen, immer wieder neue Handlungsimpulse aus den Lehren und Erfahrungen des Dritten Reiches.

Obwohl durch die Wende zum Kalten Krieg die Sicherheit der westlichen Besatzungszonen und Westeuropas vor einer sowjetischen Aggression zunehmend zu einem Problem der amerikanischen, britischen und französischen Militärplaner wurde, war es für die Regierung Truman bis zum Ausbruch des Korea-Krieges unmöglich, die amerikanische Bevölkerung an den Gedanken eines militärischen Beitrages der Westdeutschen zur Verteidigung des Westens zu gewöhnen. Angesichts dieser tiefsitzenden Skepsis war es aus amerikanischer Sicht notwendig, dass der vier Jahre nach dem Ende des Dritten Reiches gegründete Weststaat mit einem Netz von Kontrollen und Vorbehaltsrechten überzogen wurde.²⁴ Die Sicherheits-, Außen- und Außenhandelspolitik waren deutschem Einfluss entzogen, tiefe Eingriffe in die bundesrepublikanische Innenpolitik so lange notwendig, bis sich die Bundesrepublik als demokratischer und friedlicher Staat bewährt hatte.

Diese Bewährungsprobe hätte lange andauern können, wenn nicht der Ausbruch des Korea-Krieges im Jahre 1950 Schockwellen um die Welt gesandt und die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik revolutioniert hätte. Der Korea-Krieg

²² Siehe die Beiträge von *Thomas A. Schwartz*, Bd. 1, Politik, und *Thomas Reuther*, Bd. 1, Gesellschaft.

²³ Sie sahen sich in erster Linie selbst als Opfer von Krieg, Gefangenschaft, Vertreibung und alliierter Bombenterror. *Omer Bartov*, *Defining Enemies, Making Victims. Germans, Jews, and the Holocaust*, in: *American Historical Review* 103, 1998, 771–816; *Elizabeth Heinemann*, *The Hour of the Women: Memories of Germany's ›Crises Years‹ and West German National Identity*, in: *American Historical Review* 101, 1996, 354–95; *Robert G. Moeller*, *War Stories: The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany*, in: *American Historical Review* 101, 1996, 1008–48; *Eike Wolgast*, *Vergangenheitsbewältigung in der unmittelbaren Nachkriegszeit*, in: *Ruperto Carola. Forschungsmagazin der Universität Heidelberg* 3, 1997, 30–39.

²⁴ Siehe die Beiträge von *Frank Schumacher* und *Richard Wiggers*, Bd. 1, Politik; *Steven L. Rearden*, Bd. 1, Sicherheit, und *Regina Gramer*, Bd. 1, Wirtschaft. Siehe auch *Hermann-Josef Rupieper*, *Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955*. Opladen 1991, 34–40.

ist, zusammen mit der chinesischen Revolution, der Zündung der ersten sowjetischen Atombombe und der von den USA vermuteten Entwicklung sowjetischer Langstreckenbomber und Raketen, die die Ozeane überwinden und die kontinentale Sicherheit der USA existentiell gefährden könnten, von kaum zu überschätzender Bedeutung für die Politik der USA, ja für den Verlauf des Kalten Krieges insgesamt geworden. Nach dem Korea-Krieg zog die entschlossene Supermacht zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Schluss, dass sie mehr als nur potentieller Hilfsmittel bedürfe, um Kriege führen und die eigenen Interessen durchsetzen zu können. Erst jetzt begannen die USA, einen riesigen Kampfapparat zu Lande, zu Wasser und in der Luft aufzubauen. Erst jetzt entwickelte sich ein militärisch-industrieller Komplex, der Millionen von Menschen Brot und den Rückhalt in einer einfachen dualistischen Weltdeutung gab. Er bestand aus Streitkräften, Ministerien und Bürokratien, Abgeordneten, Senatoren und Lobbyisten, Denkfabriken, Universitäten, Forschungs- und Produktionsstätten, aus Geheimdiensten, Nuklearstrategen und Sowjetologen, die immer neue Feindbilder, Szenarien, Raketenlücken, »Fenster der Verwundbarkeit« (echte und erfundene) produzierten.²⁵

Diese Revolution der US-Außenpolitik machte auch das bis dahin Undenkbare notwendig: eine Wiederbewaffnung der (West)deutschen. Die kollektiven Erfahrungen des Westens mit Drittem Reich und deutschem Militarismus, die tiefsitzenden Ängste vor einem Deutschland in Waffen, traten in Widerstreit mit der Angst vor einer sowjetischen Aggression. Dieser Widerstreit produzierte Ungereimtheiten, die nur durch die deutsche Vergangenheit zu erklären sind: nach deutschen Waffen, die nur nach Osten schießen konnten; nach deutschen Soldaten ohne eigenen Generalstab und eigenes Oberkommando, die aber in einem Krieg gegen die Sowjetunion, den Ostblock und die Deutschen in der DDR mindestens die Kampfkraft der nationalsozialistischen Wehrmacht entfalten würden²⁶; nach dem Wunsch, deutsches Menschenpotential zu nutzen, ohne ein deutsches Heer aufzustellen²⁷; nach Sicherheit Europas vor Deutschland und Sicherheit für Deutschland und Europa.

Es ist ein Zeichen des Realitätssinnes des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, sofort die historische Chance erkannt zu haben, die in dieser Krisensituation für die besetzte Bundesrepublik lag, nämlich durch das Angebot der deutschen Wiederbewaffnung für den jungen Staat das Ende der Kontrollen, die Souveränität und Gleichberechtigung im westlichen Bündnis zu gewinnen. Dieses Ziel erreichten Adenauer und die deutsche Regierung in den komplizierten Verhandlungen mit den westlichen Alliierten um das große Geschäft auf Gegenseitigkeit – deutscher Verteidigungsbeitrag und Souveränität gegen Aufhebung des Besatzungsstatuts und Auflösung der Alliierten Hohen Kommission – nur teilweise. Es lag nicht in erster Linie an der neuen weltgeschichtlichen Konstellation des Kalten

25 Zur Deutung des Korea-Krieges durch die Regierung Truman, die zutiefst von der Domino-Theorie und den »Lehren von München« geprägt war, siehe *Melvyn P. Leffler, A Preponderance of Power. National Security, the Truman Administration, and the Cold War.* Stanford, Calif., 1992, 369–374; *Michael J. Hogan, A Cross of Iron. Harry S. Truman and the Origins of the National Security State.* New York 1998.

26 Siehe den Beitrag von *David Clay Large*, Bd. 1, Sicherheit.

27 Siehe den Beitrag von *Erhard Forndran*, Bd. 1, Sicherheit.

Krieges (Schutz für Westeuropa und Westdeutschland), sondern am Erbe der Vergangenheit (Schutz vor Deutschland), dass die Westdeutschen weder im völkerrechtlichen noch im politischen Sinne die volle Souveränität gewannen. Der lakonische, von Adenauer durchgesetzte Wortlaut des Deutschlandvertrages in seiner Fassung vom 23. Oktober 1954 ist als Tatsachenbehauptung teilweise Fiktion, als Wunsch ein Versprechen, das erst 1990 eingelöst wurde: »Die Bundesrepublik wird demgemäß [nach Ende des Besatzungsregimes] die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben.«²⁸ (»The Federal Republic shall have accordingly [after termination of the occupation regime] the full authority of a sovereign state over its internal and external affairs.«)

Die Alliierten behielten ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes, insbesondere die Verantwortlichkeit für eine zukünftige Wiedervereinigung und einen zukünftigen Friedensvertrag. Diese Vorbehalte waren Sicherungs- und Vetoklauseln, die von eminenter politischer Bedeutung waren. Ihre Anwendung durch die Westmächte spielte z. B. in der zweiten großen Berlinkrise von 1958–1962, während des politischen Kampfes um die Ostverträge und die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO von 1970–1973 und auch während der Wiedervereinigung 1989/90 eine bedeutende Rolle. Die Streitkräfte der Westmächte auf deutschem Boden verwandelten sich zwar zu verbündeten Schutzmächten, in den Verhandlungen über ihre weitere Stationierung wurde aber klar, dass die Westmächte auf ihre originären Rechte als Besatzungsmächte (*occupatio bellica*) nicht verzichteten, sondern einen mittelbaren Stationierungsvorbehalt durchsetzten. Der Verbündete konnte auch nach 1955 rechtlich wieder zum Besiegten werden.²⁹

In langfristiger Perspektive ebenso bedeutsam war das System der Rüstungskontrolle, der Rüstungsbeschränkung und des Rüstungsverzichtes, das seit dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und Westeuropäischen Union (WEU) im Jahre 1955 bis zur Wiedervereinigung die kontrollierte Teilnahme der Bundesrepublik im westlichen Militärbündnis möglich machte.³⁰ Eine eigenständige deutsche Armee durfte auf keinen Fall entstehen, darin waren sich die Amerikaner mit den Engländern, Franzosen und allen anderen europäischen Nachbarn einig. Außerdem wurde Adenauer

28 Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten (Deutschlandvertrag) in der geänderten Fassung vom 23.10.1954 (Auszug), in: Auswärtiges Amt (Hrsg.), Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994. Köln 1995, 212–214, 212 [English version: Convention on Relations Between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, May 26, 1952, As Amended by Schedule I of the Protocol on Termination of the Occupation Regime in Germany, Signed at Paris, Oct. 23, 1954, in U.S. Department of State, Documents on Germany, 1944–1985 (Washington, D.C., 1985), 425–30, 425.]; siehe *Helga Haftendorn/Henry Riecke* (Hrsg.), »...Die volle Macht eines souveränen Staates ...«. Die alliierten Vorbehaltsrechte als Rahmenbedingung westdeutscher Außenpolitik 1949/1950. Baden-Baden 1996; *Hans-Peter Schwarz*, Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967. Stuttgart 1991, 153–154; siehe auch die Beiträge von *Richard Wiggers*, Bd. 1 und Bd. 2, Politik.

29 *Daniel Hofmann*, Truppenstationierung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Vertragsverhandlungen mit den Westmächten 1951–1959. München 1997; *Sebastian Fries*, Zwischen Sicherheit und Souveränität. Amerikanische Truppenstationierung und außenpolitischer Handlungsspielraum der Bundesrepublik Deutschland, in: *Haftendorn/Riecke*, Die alliierten Vorbehaltsrechte (wie Anm. 28), 125–157.

30 Siehe die Beiträge von *Wolfgang Krieger* und *Erhard Forndran*, Bd. 1, Sicherheit und *Wolfgang Krieger* und *Matthias Dembinski*, Bd. 2, Sicherheit.

gezwungen, im Namen der Bundesrepublik »freiwillig« auf die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen zu verzichten und weiteren Rüstungsbeschränkungen zuzustimmen. Adenauer hatte damit aber nicht grundsätzlich auf eine deutsche Teilhabe an dem Besitz und der Verfügung über Atomwaffen verzichtet, weil das atomare Wettrüsten der Supermächte und die wechselnden nuklearen Strategien der USA – von *massive retaliation* zu *flexible response* – für die Bundesrepublik existentielle Folgen hatten. Das aufgrund seiner Geographie als Frontstaat im Kalten Krieg nicht aufzulösende Dilemma, dass die Strategie der Abschreckung auf Nuklearwaffen beruhte, ein Versagen der Abschreckung aber zur atomaren Verwüstung des deutschen Territoriums führen würde, war der Grund für den Versuch der Bundesrepublik, im Rahmen einer multilateralen NATO-Nuklearstreitmacht oder europäischer Optionen zumindest eine nukleare Teilhabe zu erreichen. Dieser Versuch scheiterte am französischen und britischen Widerstand, und die Hoffnung auf eine nukleare Mitbeteiligung der Bundesrepublik fiel in sich zusammen, als das gemeinsame amerikanisch-sowjetische Interesse an einem nuklearen Duopol (mit Großbritannien als Juniorpartner) die Bundesrepublik schließlich zwang, durch die Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages über Atomwaffen im Jahre 1969 auf die Herstellung, den Besitz und die Verfügung über Atomwaffen zu verzichten. Zwar wollten die Supermächte durch diesen Vertrag in erster Linie ihre Vormachtstellung sichern, eine unkontrollierte Vermehrung von Atommächten verhindern und dadurch das System der Abschreckung kontrollierbar halten, aber es waren zugleich die Erfahrungen mit der deutschen Vergangenheit, die die deutsche Unterschrift für Amerika und die Sowjetunion so wichtig machten.

Schließlich waren es diese aus der Vergangenheit gespeisten Ängste, die die fortwährende militärische Kontrolle Deutschlands zu einem zentralen Bestandteil der internationalen Diplomatie um die äußeren Bedingungen der deutschen Wiedervereinigung machten. Deutschlands Eindämmung durch Integration war wieder das überragende Ziel amerikanischer Außenpolitik, ja die Bedingung für die Zustimmung zur deutschen Vereinigung. Das Land musste Teil der NATO und einer atlantisch-europäischen Gesamtstruktur bleiben. Die Land-, Luft- und Seestreitkräfte der Bundesrepublik allein sind weder zum Angriff noch zur Verteidigung fähig. Die Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen aus dem Jahre 1968 gelten für das vereinte Deutschland fort. Deutschlands Selbsteindämmung durch Verzicht auf nukleare Waffen machte seine Einheit für die Nachbarn erst erträglich.³¹

Die Amerikaner bestimmten nicht nur den Rahmen für die Sicherheit der Westdeutschen (und Westeuropäer), sondern auch für ihren Wohlstand. Auch in diesem Bereich waren die Lehren aus der Vergangenheit zunächst das überragende Ursprungsmotiv. Es verflüchtigte sich allerdings in den 1960er Jahren, parallel zum Aufstieg der Bundesrepublik zu einer bedeutenden Wirtschaftsmacht des Westens. Die mit entscheidender Hilfe der USA begründete soziale Marktwirtschaft, ihre erfolgreiche Integration in die Weltwirtschaft sowie die damit verbundene Abhängigkeit

31 Siehe die Beiträge von *Stephen F. Szabo*, Bd. 1, Politik, und von *Karl Kaiser*, Bd. 2, Sicherheit.

des deutschen Außenhandels von offenen Märkten und Rohstoffen hatten die Welt davon überzeugt, dass sich eine nationalsozialistische Großraumwirtschaft nicht wiederholen würde.

Denn das war sowohl in der amerikanischen Planung während des Krieges als auch in der US-Wirtschaftspolitik nach 1945 das überragende Motiv gewesen: mit sicherheits- und wirtschaftspolitischen Mitteln die mögliche Wiederkehr einer protektionistischen und hochkonzentrierten, unter dem Primat der Rüstung stehenden Wirtschaft zu verhindern, die sich durch Autarkiepolitik und zweiseitigen Tauschhandel aus den Abhängigkeiten vom Weltmarkt befreit und unterworfenen Völker rücksichtslos ausgebeutet hatte. Schon seit Ende der 1930er Jahre hatten amerikanische Politiker, insbesondere Außenminister Cordell Hull, diese Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches für eine Hauptursache deutscher Aggressionspolitik gehalten.³² Diese Perzeption des Nationalsozialismus wurde in den 1940er Jahren mit einer negativen Deutung der Weltwirtschaft in der Zwischenkriegszeit insgesamt verbunden: Das nach dem Ersten Weltkrieg nur mühsam und unvollständig wieder aufgebaute Welthandelssystem, so die allgemeine Deutung, war in der Großen Depression zusammengebrochen. Die Weltwirtschaftskrise hatte das einheitliche Währungssystem gespalten, fast alle Staaten hatten nach dem Motto »Rette sich, wer kann«, zu protektionistischen und dirigistischen Maßnahmen gegriffen. Die Folge war ein geschrumpfter, fragmentierter und unfreier Welthandel, der die weltweite Verelendung vorantrieb und das Entstehen von Diktaturen sowie faschistischen politischen Systemen begünstigte. Im Rahmen der Herrschaft dieser Deutung der Vergangenheit waren mehrere Schlüsse zwingend: Nur ein neues, auf liberalen Grundsätzen beruhendes und institutionell verankertes Weltwirtschaftssystem konnte eine Wiederholung der Vergangenheit verhindern. Nur die restlose Beseitigung der Formen und Ursachen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik konnte Europa insgesamt wieder zu einem produktiven Faktor einer neuen Weltwirtschaftsordnung machen. Nur die neue Supermacht USA, die als einzige Großmacht im Zweiten Weltkrieg reicher geworden war, hatte das Vermögen, dieses neue Weltwirtschaftssystem zu begründen. Denn die USA besaßen 1945 zwei Drittel der Goldreserven der Erde. Ihr Anteil an der Weltproduktion industrieller Güter übertraf mit mehr als der Hälfte sogar die Jahre von 1925–1929. Eine unzerstörte Wirtschaft von außerordentlicher Produktivität und großen Wettbewerbsvorteilen stand einem verelendeten eurasischen Doppelkontinent gegenüber.³³ Die Amerikaner dominierten die Konferenz von Bretton Woods vom Juli 1944, auf der 1.500 Delegierte aus 44 Ländern den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank als Grundpfeiler einer liberalen Weltwirtschaftsordnung ins Leben riefen.³⁴

Nach der Logik der Grundsätze von Bretton Woods und der liberalen Theorie hätte es deshalb nahegelegen, eine von nationalsozialistischen Strukturen gereinigte deutsche Wirtschaft möglichst schnell in einen freien Welthandel zu integrieren.

32 *Detlef Junker*, *Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933–1941*. Stuttgart 1975.

33 *Detlef Junker*, *Von der Weltmacht zur Supermacht* (wie Anm. 2), 71.

34 *Harold James*, *International Monetary Cooperation Since Bretton Woods*. New York/Oxford 1996.

Das geschah aber zunächst nicht. Der beginnende Kalte Krieg spaltete sehr schnell das deutsche Wirtschaftsgebiet, Ostdeutschland verschwand hinter dem Eisernen Vorhang. Die Wirtschaftspolitiken der westlichen Besatzungsmächte USA, England und Frankreich unterschieden sich erheblich. Die USA standen vor mehreren Zwangslagen. Kurzfristig mussten sie ein Massensterben in der eigenen Zone verhindern, mittel- und langfristig liefen sie Gefahr, durch die – sicherheitspolitisch motivierte und vom Morgenthausehen Geist beflügelte – industrielle Abrüstung des Landes mittels Reparationen, Demontagen, Begrenzung der deutschen Industrieproduktion, Enteignung des deutschen Auslandsguthabens und eines Außenhandelsverbots zugleich die Grundlage für eine wirtschaftliche Genesung Deutschlands und Europas zu zerstören. Es lag also an den Gespenstern der Vergangenheit, dass der krumme Weg zur Reintegration der westdeutschen Wirtschaft in den Weltmarkt mit Widersprüchen gepflastert war. Er erhielt erst durch den Marshallplan, die Währungsreform, die Einführung der sozialen Marktwirtschaft und die von den USA unterstützte Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, schließlich durch Deutschlands Reintegration in ein multilaterales Welthandelssystem eine klare Richtung.³⁵

Seit dem Beginn des deutschen »Wirtschaftswunders« in den 1950er Jahren und Deutschlands Wiederaufstieg zu Europas bedeutendster Wirtschafts- und Handelsmacht spielte das Erbe der Vergangenheit in den wirtschaftspolitischen Beziehungen keine Rolle mehr.³⁶ Die USA und die Bundesrepublik wurden die beiden größten Handelsnationen der Welt. In einer Mischung aus Kooperation, Konkurrenz und Konflikt suchten beide Staaten mit den Anpassungskrisen des westlich-kapitalistischen Weltwirtschaftssystems fertig zu werden, ausgelöst durch das verlangsamte Wachstum der Weltwirtschaft nach 1965, durch die Ölschocks oder den Nixon-Schock, als die USA 1971 das System von Bretton Woods sprengten und die Industrieländer zu einem System flexibler Wechselkurse übergehen mussten. Trotz des periodisch wiederkehrenden Drucks der USA auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Bundesrepublik in transatlantischen Wirtschaftskonflikten wuchs das Gewicht des westdeutschen Teilstaates in den amerikanisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen. Dafür gab es im Wesentlichen vier Gründe. Es lag in erster Linie an der wachsenden Wirtschaftskraft der Bundesrepublik und ihrem bedeutenden Beitrag zum Wachstum der Weltwirtschaft. Zweitens entwickelte sich die Europäische Gemeinschaft seit 1957 zu einem wirtschaftlichen Einfluss- und Schutzraum der Bundesrepublik, der zu einer Ausweitung und Vertiefung des innereuropäischen Handels führte, die Abhängigkeit von den USA verringerte und den Amerikanern in Handelskonflikten als Block gegenübertrat. Drittens war die Bundesrepublik seit Anfang der 1980er Jahre immer weniger bereit, das zu tun, was sie aufgrund ihrer sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den USA über zwei Jahrzehnte hatte tun müssen, nämlich sich, über die Kosten für die eigenen Streitkräfte hinaus, an den Stationierungskosten für die amerikanischen Streitkräfte in Deutschland zu beteiligen – durch Devisenausgleichszahlungen, Kauf

35 Siehe die Beiträge von *Christoph Buchheim, Wilfried Mausbach, Jörg Fisch, Regina Gramer, Werner Plumpe, Gerd Hardach* und *Werner Bührer*, Bd. 1, Wirtschaft.

36 Siehe den Beitrag von *Welf Werner*, Bd. 2, Wirtschaft. In den Beiträgen zu der Sektion Wirtschaft in Bd. 2 ist deshalb von der Vergangenheit keine Rede mehr.

von amerikanischem Rüstungsmaterial oder durch andere Mittel.³⁷ Viertens erwies sich die Bundesrepublik trotz aller Konflikte mit dem transatlantischen Verbündeten im Großen und Ganzen als eine Wirtschaftsmacht, die an den Grundprinzipien des Liberalismus und eines offenen Weltmarktes festhielt. Sie zeigte gegenüber den USA in den verschiedenen Zollsenkungsrunden der Nachkriegszeit und, seit den 1970er Jahren, auf den Weltwirtschaftsgipfeln ein erhebliches Maß an Entgegenkommen. Vor allem versuchte sie immer, in den härteren amerikanisch-französischen Konflikten zu vermitteln. Der Spagat zwischen den USA und Frankreich war auch in Wirtschaftsfragen die Grundfigur westdeutscher Außenpolitik.

Sehr wahrscheinlich hat nichts so sehr zur demokratischen Festigung der Bundesrepublik beigetragen wie das deutsche »Wirtschaftswunder« der 1950er Jahre, das es der Bundesrepublik ermöglichte, die Last gewaltiger Aufbau-, Integrations- und Wiedergutmachungsleistungen zu tragen. Das weltgeschichtlich einmalige Wachstum der Weltwirtschaft von 1945–1965, die Liberalisierung des Welthandels und das explosionsartige Anwachsen des Handels zwischen den industrialisierten Nationen waren für die Bundesrepublik ein Glücksfall. Deshalb waren die USA in dem Maße Ursache für die wirtschaftliche Grundlage der demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik, wie sie die Rahmenbedingungen für die soziale Marktwirtschaft und das Wachstum der Weltwirtschaft bestimmten.

Erheblich schwieriger zu beantworten dagegen ist die Frage, welche Bedeutung der amerikanischen Politik der Entnazifizierung und Demokratisierung für die demokratische Entwicklung der zweiten deutschen Republik zukommt.³⁸ Unstreitig ist nur, dass auch bei dem Versuch, die deutsche Gesellschaft und politische Kultur tiefgreifend zu verändern, die Lehren aus der Vergangenheit das ausschlaggebende Motiv waren. Der »Kreuzzug in Europa« (Eisenhower) durfte nicht mit der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches enden, sondern musste, davon waren alle Amerikaner überzeugt, die sich während des Krieges mit Plänen für die Nachkriegsordnung in Deutschland beschäftigten, zu einer radikalen Verwandlung der deutschen Gesellschaft, ja des deutschen Nationalcharakters führen.³⁹

37 Siehe den Beitrag von *Hubert Zimmermann*, Bd. 1, Wirtschaft.

38 Siehe die Beiträge von *Barbara Fait*, *Cornelia Rauh-Kühne* und *Hermann-Josef Rupieper*, Bd. 1, Politik, von *Rebecca Boehling*, *James F. Tent*, *Jessica C.E. Gienow-Hecht* und *Karl-Heinz Füssl*, Bd. 1, Kultur, von *Klaus-Dietmar Henke*, *Petra Gödde*, *Claus-Dieter Krohn* und *Raimund Lammerdsdorf*, Bd. 1, Gesellschaft.

39 *Günter Moltmann*, *Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg. Kriegs- und Friedensziele 1941–1945*. Heidelberg 1958; *Paul Y. Hammond*, *Directives for the Occupation of Germany. The Washington Controversy*, in: *American Civil-Military Decisions*. Hrsg. v. Harold Stein. University, Ala., 1963, 311–464; *Anthony J. Nicholls*, *American Views of Germany's Future During World War II*, in: *Das »andere Deutschland« im Zweiten Weltkrieg. Emigration und Widerstand in internationaler Perspektive*. Hrsg. v. Lothar Kettenacker. Stuttgart 1977, 77–87; *Uta Gerhardt*, *Re-education als Demokratisierung der Gesellschaft Deutschlands durch das amerikanische Besatzungsregime*. Ein historischer Bericht, in: *Leviathan*. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 27, 1999, 355–85. *Klaus-Dietmar Henke*, *die amerikanische Besetzung Deutschlands*. München 1995, 67–78; *Richard L. Merritt*, *Democracy Imposed. U.S. Occupation Policy and the German Public, 1945–1949*. New Haven/London 1995, 1–69; *Petra Marquardt-Bigman*, *Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland 1942–1949*. München 1995, 119–168; *Michaela Hönicke*, *Das nationalsozialistische Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika (1933–1945)*, in: *Larres/Oppelland*, *Deutschland und die USA (wie Anm. 1)*, 62–94, bes. 79–82.

Deshalb befanden sich im Marschgepäck der über den Atlantik nach Europa verschifften GI's nicht nur Waffen und Munition, sondern auch 15 Millionen Bücher.⁴⁰ Diese symbolisierten den Willen der sendungsbewussten Supermacht des Jahres 1945, Deutschland nicht nur zu besiegen, sondern auch die Politik, die Verfassung, die Kultur und die Mentalität der Deutschen zu verwandeln, den »Kampf um die Seele von Faust«⁴¹ aufzunehmen. Nie wieder Nationalsozialismus, nie wieder Diktatur, nie wieder Rassismus, nie wieder deutscher Autoritarismus und Untertanengeist – so könnte man die Lehren aus der Vergangenheit zusammenfassen. Die misstrauischen Amerikaner hielten aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit und ihrer Interpretation der deutschen Geschichte die Deutschen im Jahre 1945 nicht für fähig, aus eigener Kraft zur Demokratie zurückzukehren. Sie mussten erst entnazifiziert, umerzogen und in dosierten Schritten an die Demokratie herangeführt werden. Diesen Prozess kontrollierten die Amerikaner in ihrer Zone sehr genau. Das war auch deshalb notwendig, weil die amerikanische Regierung, der Kongress und die öffentliche Meinung die Entwicklung in Deutschland mit Skepsis betrachteten. Noch 1949 glaubten 55 Prozent der Amerikaner nicht daran, dass die Deutschen in der Lage seien, sich auf demokratische Weise selbst zu regieren.⁴²

Die zeitgenössischen und langfristigen Wirkungen der Straf-, Entnazifizierungs-, Umerziehungs- und Demokratisierungsmaßnahmen, die die USA – wenn man von dem Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg absieht, den die Siegermächte gemeinsam durchführten – in den Ländern ihrer Besatzungszone, also in Bayern, Württemberg-Baden, Groß-Hessen und Bremen, allein und ab 1949 im Rahmen der Alliierten Hohen Kommission zusammen mit Großbritannien und Frankreich durchführten, sind aus mehreren Gründen schwer zu bestimmen. Sie zielten auf eine »Zusammenbruchgesellschaft«⁴³, der alle Merkmale einer normalen, strukturierten Gesellschaft fehlten. Ziel und Mittel einer verordneten und lizenzierten »Demokratie von oben« standen in einem unauflösbaren Widerspruch. Das Wesen des Befehls ist Fremdbestimmung, das Wesen der Demokratie ist Selbstbestimmung. Die mit Strafan drohung verbundene Massen-Entnazifizierung in der amerikanischen Zone traf auf eine Bevölkerung, die fast alle Energien im Kampf um das Überleben, um Nahrung, Wärme, Unterkunft und Sorgen um die Angehörigen verbrauchte, die Vergangenheit des Dritten Reiches, des Krieges und der Ermordung der Juden möglichst verdrängte und sich selbst überwiegend als Opfer, nicht als Täter verstand.

Überdies gab die Wende zum Kalten Krieg der Politik der Demokratisierung und »Neuorientierung« eine zusätzliche Dimension. Aus dem Antinationalsozialismus wurde ein Antitotalitarismus, der dazu tendierte, Nationalsozialismus und Kommunismus gleichzusetzen, die antikommunistische Propaganda der Nationalsozialisten nachträglich zu rechtfertigen, die geistig-seelischen Energien der Westdeutschen von der Bewältigung der Vergangenheit abzuziehen und sie in die neue

40 Siehe den Beitrag von *Martin Meyer*, Bd. 1, Kultur.

41 Siehe den Beitrag von *Thomas A. Schwartz*, Bd. 1, Politik.

42 Siehe den Beitrag von *Thomas Reuther*, Bd. 1, Gesellschaft.

43 *Christoph Kleßmann*, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*. 5. Aufl. Göttingen 1991, Kap. 3; *Theodor Eschenburg*, *Jahre der Besatzung 1945–1949*. Stuttgart 1983.

Frontstellung – freier Westen gegen totalitären Kommunismus – zu lenken. Schließlich ist schwer auszumachen, was bei dem schrittweisen Aufbau demokratischer Strukturen Zwang und verordneter Einsicht zu verdanken ist, was dem Anknüpfen an deutsche demokratische Traditionen, was frei gewonnenen Einsichten der besetzten Deutschen.

Drei Hypothesen allerdings besitzen eine hohe Plausibilität: Ohne die Prozesse gegen die Kriegsverbrecher und ohne die erzwungene Entnazifizierung hätte eine »Reinigung« der deutschen Gesellschaft in noch geringerem Maße stattgefunden als sie tatsächlich stattfand. Ohne den amerikanischen Entschluss, schon ab Anfang 1946 den Prozess einer kontrollierten Demokratisierung in ihrer Besatzungszone voranzutreiben, wäre die Gründung der repräsentativen Demokratie der Westdeutschen sehr viel schwieriger verlaufen. Ohne eine rechtsstaatlich-demokratische Tradition in Deutschland wäre die »verordnete Demokratie«⁴⁴ nicht zu einem selbstverständlichen, frei angenommenen Teil der politischen Kultur Westdeutschlands geworden. Die wichtigsten innenpolitischen Fundamente der Bundesrepublik, die Einführung der sozialen Marktwirtschaft, insbesondere der Währungsreform und der Aufhebung der Preisbindung, und die Verabschiedung des Grundgesetzes, der als Provisorium gedachten Verfassung des westdeutschen Teilstaates, sind hervorragende Beispiele für das komplexe Mischungsverhältnis von amerikanischem und alliierter Einfluss einerseits, deutschen Traditionen und deutschem Selbstbehauptungswillen andererseits.⁴⁵

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Verschärfung des Ost-West-Konflikts durch den Ausbruch des Korea-Krieges verloren die Alliierte Hohe Kommission und ihr amerikanischer Vertreter John J. McCloy von 1949 bis 1955 schrittweise die Kontrolle über die deutsche Vergangenheitspolitik, weil sie die Kontrolle über die Gegenwart, nämlich über Westdeutschlands Wiederbewaffnung und Westintegration, behalten wollten. Teils in hinhaltendem Widerstand, teils in Resignation mussten die Alliierten erkennen, dass sie das überragende Bedürfnis der Mehrheit der Westdeutschen, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, zumindest tolerieren mussten, um den neuen Verbündeten im westlichen Lager zu halten. Immer wieder wies der amerikanische Hochkommissar das State Department und die Regierung in Washington darauf hin, dass sich der fundamentale Widerspruch zwischen den USA in der Rolle des Siegers, Besetzers und Vollstreckers

44 *Theo Pirker*, Die verordnete Demokratie. Grundlagen und Erscheinungen der »Restauration«. Berlin 1977.

45 Siehe die Beiträge von *Christoph Buchheim* und *Werner Plumpe*, Bd. 1, Wirtschaft, und von *Hermann-Josef Rupieper*, Bd. 1, Politik. Zur Diskussion um den amerikanischen Einfluss auf das Grundgesetz siehe den Literaturbericht in *Adolf M. Birke*, Die Bundesrepublik Deutschland. Verfassung, Parlament und Parteien. München 1997, 64–70; *Eberhard Pickart*, Auf dem Weg zum Grundgesetz, in: Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz. Hrsg. v. Richard Löwenthal u. Hans-Peter Schwarz. Stuttgart 1974, 149–176; *Erich J. C. Hahn*, The Occupying Powers and the Constitutional Reconstruction of West-Germany, 1945–1949, in: Cornerstone of Democracy. The West German Grundgesetz, 1949–1989. Washington, D.C., 1995, 7–36; *Karlheinz Nidauf*, Der Weg zum Grundgesetz. Demokratiegründung in Westdeutschland 1945–1949. Paderborn 1998; *Edmund Spevack*, Amerikanische Einflüsse auf das Grundgesetz. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates und ihre Beziehungen zu den USA, in: Westbindungen. Amerika in der Bundesrepublik. Hrsg. v. Heinz Bude/Bernd Greiner. Hamburg 1999, 55–71.

alliiertes Justiz und der Rolle als Alliiertes und Freund Deutschlands verstärkte. Dieser Widerspruch schade immer deutlicher der amerikanischen Deutschlandpolitik.⁴⁶

Das Ende des Besatzungsregimes und die Etablierung der teilautonomen Bundesrepublik im Jahre 1955 war für die Gegenwart des Vergangenen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen der Nachkriegszeit eine wichtige Zäsur. Der amerikanischen Regierung war die gesetzliche Möglichkeit genommen, in die deutsche Vergangenheitspolitik zu intervenieren. Damit verschwand das Erbe des Nationalsozialismus nicht aus den deutsch-amerikanischen Beziehungen, es wurde aber bis zum Fall der Mauer nur selten ein konfrontativer Gegenstand der offiziellen Außenpolitik der verbündeten Staaten. Die berühmteste Ausnahme ist der im Ergebnis völlig fehlgeschlagene Versuch von Bundeskanzler Helmut Kohl aus dem Jahre 1985, zusammen mit Präsident Reagan über den Gräbern von Bitburg eine Versöhnung mit der Vergangenheit zu erzwingen. Außenminister George P. Shultz erklärte dazu gegenüber dem US-Botschafter in der Bundesrepublik, Arthur F. Burns: »Hitler lacht jetzt in der Hölle« (»Hitler is laughing in hell right now.«).⁴⁷

Ansonsten zeichneten sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten gerade dadurch aus, dass beide Seiten bis zur deutschen Wiedervereinigung – und darüber hinaus – sorgfältig darum bemüht waren, die seit Beginn der 1960er Jahre stetig angestiegene wissenschaftliche und außerwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Holocaust sowie die wachsende Präsenz des Völkermordes im Bewusstsein der amerikanischen und deutschen Gesellschaft nicht zur Belastung für die amerikanisch-deutschen Beziehungen werden zu lassen. Deutsche Politiker und Diplomaten, die parteinahen Stiftungen und amerikanisch-deutsche Organisationen wie die Atlantik-Brücke versuchten, den Dialog mit jüdischen Organisationen und mit herausragenden jüdischen Persönlichkeiten in den USA zu verstärken. Das bedeutete auf deutscher Seite, die Vergangenheit nicht zu leugnen, zugleich aber für das neue, demokratische Deutschland zu werben. Obwohl die Mehrheit der amerikanischen Juden auch gegenüber dem demokratischen Deutschland misstrauisch blieb und bleibt, haben viele jüdische Organisationen auch nach Bitburg versucht, an diesem Dialog festzuhalten.⁴⁸

46 Thomas A. Schwartz, John McCloy and the Landsberg Cases, in: American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1945–1955. Hrsg. v. Jeffrey M. Diefendorf, Axel Frohn u. Hermann-Josef Rupieper. Cambridge, Mass., 1993, 433–454; Ulrich Brochhagen, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer. Hamburg 1994; Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996; Jeffrey Herf, Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland. Berlin 1998 [English version: Jeffrey Herf, Divided Memory: The Nazi Past in the Two Germanies (Cambridge, Mass., 1997)]; Aleida Assmann/Ute Frevert, Geschichtsvergessenheit, Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945. Stuttgart 1999.

47 George P. Shultz, Turmoil and Triumph. My Years as Secretary of State. New York 1993, 550. Die scharfe Kritik von Shultz an Kohl kontrastiert mit der Position von Reagan, der auch in der Rückschau seinen Entschluss verteidigt, den deutschen Soldatenfriedhof zu besuchen. Vgl. Ronald Reagan, Erinnerungen. Ein amerikanisches Leben. Berlin 1990 [English version: Ronald Reagan, An American Life (New York, 1990), 376–384]. Siehe auch David B. Morris, Bitburg Revisited. Germany's Search for Normalcy, in: German Politics and Society 13, 1995, 92–109 sowie den Beitrag von Jeffrey Peck, Bd. 2, Kultur.

48 Siehe Shafir, Ambiguous Relations (wie Anm. 14).

Zweierlei Eindämmung

Ohne die Gegenwart des Vergangenen ist auch das gängigste Interpretationsmodell der amerikanischen Europapolitik ab 1947/48 nicht zu verstehen, nämlich das Konzept der doppelten (double) oder zweifachen (dual) Eindämmung. Darunter wird die *gleichzeitige* Eindämmung der Sowjetunion durch Gegenmachtbildung in Westeuropa und der Bundesrepublik durch Integration in die westliche Bündnisstruktur und liberale Weltwirtschaft verstanden. Über die Bedeutung dieses Konzepts schrieb der Politikwissenschaftler Wolfram F. Hanrieder, der den Begriff zwar nicht erfunden, aber am scharfsinnigsten zu seiner Verbreitung beigetragen hat:

»Jedes entscheidende Ereignis in der Nachkriegsgeschichte Europas resultierte aus dieser Doppeleindämmung: Die Wiederbewaffnung und der politische und wirtschaftliche Aufbau der Bundesrepublik innerhalb der Schranken internationaler Organisationen, die Entwicklung der NATO von einem locker organisierten Beistandspakt zu einem integrierten Militärbündnis, die amerikanische Unterstützung für die westeuropäische Integration und die aus diesen Fakten resultierende Vertiefung der Teilung Deutschlands und Europas. Solange die beiden Komponenten der amerikanischen Doppeleindämmungspolitik sich gegenseitig stützten, stand Amerikas Europadiplomatie auf festem Boden; in späteren Jahren, als sich zwischen den beiden Komponenten Spannungen und Widersprüche entwickelten, wurden die deutsch-amerikanischen Beziehungen zunehmend problematischer.«⁴⁹

(»Every major event in the postwar history of Europe follows from this: the rearmament and reconstruction of the Federal Republic within the restraints of international organizations, the development of NATO from a loosely organized mutual assistance pact into an integrated military alliance, American support for West European integration, and the solidification of the division of Germany and Europe. So long as the two components of America's double containment were mutually reinforcing, America's European diplomacy was on a sure footing. In later years, when tensions and contradictions developed between the two components, German-American relations became increasingly strained.«)

49 Wolfram F. Hanrieder, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994*. 2. Aufl. Paderborn 1995, 6 [English version: Wolfram F. Hanrieder, *Germany, America, Europe: Forty Years of German Foreign Policy* (New Haven and London, 1989), 6.] Siehe auch Wilfried Loth, *Die doppelte Eindämmung. Überlegungen zur Genesis des Kalten Krieges 1945–1947*, in: *Historische Zeitschrift* 238, 1984, 611–631; Thomas A. Schwartz, *Dual Containment*. John J. McCloy, *The American High Commission, and European Integration*, in: *NATO. The Founding of the Atlantic Alliance and the Integration of Europe*. Hrsg. v. Francis Heller u. John R. Gillingham. New York 1992, 131–212; Rolf Steininger u. a. (Hrsg.), *Die Doppelte Eindämmung. Europäische Sicherheit und deutsche Frage in den Fünfzigern*. München 1993 sowie die Beiträge von Thomas A. Schwartz, Michael Wala, Ruud van Dijk, Frank Schumacher und Frank Ninkovich, Bd. 1, Politik; Steven L. Rearden, Bd. 1, Sicherheit; Klaus Schwabe, Gottfried Niedhart und H. W. Brands, Bd. 2, Politik.

Das Konzept der »doppelten Eindämmung« ist kritisiert worden, weil Art und Ausmaß, Ursprung und Unmittelbarkeit der von den USA befürchteten deutschen und sowjetischen Bedrohungen sich grundlegend unterschieden. Eine rein machtpolitische Analyse der Situation in Europa nach 1945 wird in der Tat die Vorstellung einer auch nur im Begriff vergleichbaren amerikanischen Politik gegenüber Deutschland und der Sowjetunion und damit das Konzept der »doppelten Eindämmung« ablehnen müssen.⁵⁰ Auf der anderen Seite entgehen einer solchen Betrachtung der geopolitischen Konstellation des Kalten Krieges kulturelle und mentale Dispositionen, wie sie in der kollektiven Deutung historischer Erfahrungen zutage treten. So verweist die Idee einer katastrophalen deutschen Traditionslinie von Luther bis Hitler – durch William Shirers Bestseller in den 60er Jahren massenhaft verbreitet⁵¹ – darauf, dass die Amerikaner ihren militärischen Sieg über den Nationalsozialismus keineswegs als endgültige Lösung des deutschen Problems ansahen. Deutsche Autoritätsgläubigkeit, preußischer Militarismus und nationalsozialistische Vernichtungsfantasien konnten abermals virulent werden, wenn nicht heute, dann morgen, wenn nicht in dieser, dann in anderer Gestalt. Die Skepsis gegenüber dem deutschen Nationalcharakter hielt Herkunft und Zukunft einer amerikanischen Politik zusammen, welche die latente Gefahr derartiger Auswüchse in der Tat »eindämmen« wollte.

Hier liegt auch der qualitative Unterschied zu einer hegemonialen Kontrolle, wie die USA sie auch über England oder Frankreich anstrebten. Die Supermacht des Westens anerkannte nie Frankreichs *vocation mondiale et européenne*, seinen Anspruch auf eine Großmachtrolle in der Welt und auf eine hegemoniale Position in Europa. Über Jahrzehnte hinweg waren amerikanische Politiker bemüht zu verhindern, dass Frankreich die europäische Integration nutzte, um die USA aus Europa herauszudrängen und die Bundesrepublik aus der Abhängigkeit vom transatlantischen Koloss zu befreien und zum Juniorpartner Frankreichs in Europa zu machen. Die USA wollten (und wollen) der entscheidende *balancer* und *pacifier* in Europa bleiben.⁵² Anders als die Bundesrepublik hat Frankreich diesen Anspruch nie akzeptiert.

Staatspräsident Charles de Gaulle, die selbsternannte Verkörperung des »ewigen« Frankreich, dachte immer an ein Europa unter französischer Führung, das Parität gegenüber den beiden Supermächten erreichen sollte.⁵³ Als alle Pläne de Gaulles, als gleichberechtigter Partner in ein nukleares Direktorat USA-Frankreich-Großbritannien aufgenommen zu werden, am Widerstand der *Anglo-Saxons* scheiterten, nahm Frankreich sich

50 Siehe den Beitrag von Wolfgang Krieger, Bd. 1, Sicherheit, und den Ausblick von Hans-Peter Schwarz, Bd. 2.

51 Rohan O'Butler, *The Roots of National Socialism*. London 1941; William Montgomery McGovern, *From Luther to Hitler. The History of Nazi-Fascist Philosophy*. London 1946; William L. Shirer, *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*. Berlin/Köln 1961 [English version: William L. Shirer, *The Rise and Fall of the Third Reich: A History of Nazi Germany* (New York, 1960)].

52 Frank Costigliola, *France and the United States. The Cold Alliance Since World War II*. New York 1992; Klaus Schwabe, *Atlantic Partnership and European Integration. American-European Policies and the German Problem, 1947–1966*, in: *No End to Alliance. The United States and Western Europe. Past, Present and Future*. Hrsg. v. Geir Lundestad. New York 1998, 37–80; Pierre Melandri, *The Troubled Partnership. France and the United States, 1945–1989*, ebd., 112–133.

53 Georges-Henri Soutou, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954–1996*. Paris 1996, 131; Robert Paxton/Nicholas Wahl (Hrsg.), *De Gaulle and the United States. A Centennial Reappraisal*. Oxford 1994.

die Freiheit, Großbritannien den Zugang zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verweigern (1963), die USA und die Verbündeten in der NATO mit der Entscheidung zu schockieren, die französischen Streitkräfte aus dem integrierten NATO-Verband auszugliedern (1966), den Abzug sämtlicher amerikanischer Truppen vom französischen Boden zu fordern, das von den Amerikanern beherrschte Währungssystem von Bretton Woods zu unterminieren und den vergeblichen Versuch zu wagen, die Bundesrepublik durch den Élysée-Vertrag einseitig an Frankreich zu binden.

Von solchen Handlungsspielräumen gegenüber der westlichen Hegemonialmacht wagten die bundesrepublikanischen Politiker nicht einmal zu träumen. Das lag zum einen an der stärkeren, ja existenziellen sicherheitspolitischen Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA. Es lag aber auch daran, dass das Erbe des Nationalsozialismus einen eigenständigen deutschen Machtanspruch unhaltbar machte. Die Vereinigten Staaten hätten ihn nicht toleriert. Ihre Deutschlandpolitik der Eindämmung durch Integration zielte gerade darauf ab, der Bundesrepublik die militärische, politische und gesellschaftliche Basis für einen derartigen Machtanspruch vorzuenthalten. Die deutsche Politik hat dies sehr wohl verstanden und ihre Interessen auf multilateralen Wegen zu wahren gesucht.

Im Gegensatz zu Deutschland hatte Frankreich sein Recht, unilaterale Großmachtpolitik zu betreiben, nicht verwirkt. De Gaulles europäische Hegemonialpläne mochten lästig und ärgerlich sein. Sie konnten aber ein französisch-amerikanisches Vertrauensverhältnis nicht erschüttern, das im Falle Deutschlands fehlte und das in einer 200-jährigen gemeinsamen Tradition wurzelte. Beide Länder verstanden und verstehen sich als Träger der universalen Mission der Freiheit, die mit der amerikanischen und französischen Revolution ihren Siegeszug durch die Welt begann. Ein versteckter Kampf um das Erstgeburtsrecht dieser Mission gehört zur Tradition des amerikanisch-französischen Verhältnisses. Trotz oder gerade wegen dieser gemeinsamen Tradition hat sich der französische Nationalstolz, getragen vom Bewusstsein französischer Größe und Souveränität, über mehrere Jahrzehnte an der amerikanischen Hegemonialpolitik in Europa wund gerieben, während die Bundesrepublik diese in erster Linie als Schutz und Hilfe zur Integration verstand. In diesem verletzten Stolz lag der eigentliche Grund für die Serie von amerikanisch-französischen Konflikten, die immer zugleich auf das amerikanisch-deutsche und auf das französisch-deutsche Verhältnis zurückschlügen und die Deutschen zu einem Dauerspagnet zwischen den USA und Frankreich zwangen.⁵⁴

Weltwirtschaftliche Krisen, Multipolarität und der zweite Kalte Krieg

Zwar ist es richtig, dass die Bundesrepublik seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in den bilateralen Beziehungen mit den USA an Bedeutung gewann, dennoch blieb bis zur Wiedervereinigung und bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion der

⁵⁴ Siehe den Beitrag von *Eckhart Conze*, Bd. 2, Politik.

militärische Schutz durch die USA und die NATO für die Bundesrepublik überlebensnotwendig, der eben nur um den Preis der militärischen Eindämmung der Bundesrepublik und der deutschen Teilung zu haben war. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht wurden weder die Bundesrepublik noch die Europäische Gemeinschaft zu wirklich gleich mächtigen und damit gleichberechtigten Partnern. Die Tatsache, dass die Gemeinschaft und die Bundesrepublik in zahlreichen multilateralen Organisationen praktisch Dauerverhandlungen mit den USA führten, um wirtschaftliche Krisen zu meistern, ist geeignet, diesen Sachverhalt zu verdecken.

Der *relative* Bedeutungszuwachs der Bundesrepublik im wirtschaftlichen Bereich hing auch mit der schwächer werdenden US-Hegemonie in der Weltwirtschaft zusammen. Die Verstrickung der USA in den Vietnam-Krieg und besonders das Jahr 1968, in vieler Hinsicht ein entscheidendes Wendejahr des Kalten Krieges⁵⁵, spielten in diesem Prozess eine wichtige Rolle. Die Vereinigten Staaten schien das Schicksal aller großen Weltreiche zu ereilen. Ihre Hilfsmittel waren den weltweiten Ansprüchen nicht mehr gewachsen. Amerika drohte aufgrund imperialer Überanstrengung seine Vormachtstellung zu verlieren. Präsident Lyndon B. Johnson (1963–1969) hatte gehofft, zwei Kriege zugleich führen zu können, den Krieg gegen die Armut im eigenen Lande und gegen den Kommunismus in Südostasien. Der Kongress weigerte sich jedoch, das wachsende Loch im Staatshaushalt durch eine Anhebung der Steuern zu stopfen. Die ansteigenden Defizite wurden deshalb durch Kredite auf den internationalen Kapitalmärkten gedeckt, d. h. durch die europäischen und asiatischen Verbündeten, vor allem durch Deutschland und Japan. Das Ergebnis – ein schwacher Dollar, ein chronisches Handels- und Zahlungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten sowie steigende Preise im Innern – begann die Stabilität des internationalen Währungssystems von Bretton Woods zu unterminieren, durch das seit dem Zweiten Weltkrieg die amerikanische Vorherrschaft in der Weltwirtschaft institutionalisiert worden war.⁵⁶ Obwohl während der Goldkrise im März 1968⁵⁷ der Wechselkursmechanismus noch einmal notdürftig wiederhergestellt wurde, signalisierte das Jahr 1968 den Anfang vom Ende eines Zeitalters unvergleichlichen Wirtschaftswachstums. Während des halben Jahrzehnts von 1968 bis 1973/74 trugen politische Entscheidungen und Entwicklungen zur Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Wachstums bei. So begann mit dem arabisch-israelischen Sechs-Tage-Krieg des Jahres 1967 die politische Reaktion der Ölländer, die zu den ersten Ölpreisschocks der Jahre 1973 und 1974 führte.⁵⁸

Angesichts der weltwirtschaftlichen Krisenerscheinungen und der Schwächung der eigenen Position versuchten die USA genau das, was die Briten nach 1763 getan hatten und die amerikanischen Kolonisten in den Unabhängigkeitskrieg getrieben

55 Siehe den ersten Versuch, das Jahr 1968 innen- und außenpolitisch als globales Wendejahr zu deuten: *Carole Fink/Philipp Gassert/Detlef Junker* (Hrsg.), 1968. *The World Transformed*. New York 1998.

56 *Diane B. Kunz*, *Butter and Guns. America's Cold War Economic Diplomacy*. New York 1997.

57 *Robert M. Collins*, *The Economic Crisis of 1968 and the Waning of the »American Century«*, in: *American Historical Review* 101, 1996, 396–422.

58 Siehe *Daniel Yergin*, *Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht*. Frankfurt a. M. 1991 [English version: *Daniel Yergin*, *The Price: The Epic Quest for Oil, Money and Power* (New York, 1991)]; *Jens Hohensee*, *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik und Westeuropa*. Stuttgart 1996.

hatte: die Kosten des eigenen Imperiums teilweise zu externalisieren und bei einer abhängigen Klientel einzutreiben. Die USA waren immer noch stark genug, um in erster Linie von den Europäern und Japanern, nicht von sich selbst, eine aktive Anpassung an die neuen weltwirtschaftlichen Probleme zu erzwingen, zum Ärger der Europäer notfalls durch unilaterale Maßnahmen das zusehends multilaterale weltwirtschaftliche Krisenmanagement zu durchkreuzen und besonders die Bundesrepublik mit der Androhung des Abzuges amerikanischer Truppen zu wirtschaftlichen Konzessionen zu zwingen. Während die Kolonisten auch deshalb rebellieren konnten, weil im Weltkrieg von 1756 bis 1763 die äußeren Feinde, Franzosen und Indianer, dank tatkräftiger britischer Hilfe bezwungen worden waren, lebten die Westdeutschen in der Furcht vor dem militärischen Potential des Warschauer Paktes. Präsident Johnson instruierte seine Mitarbeiter, von den Deutschen zu verlangen, was ihm der Kongress nicht geben wollte: »Was Sie tun müssen, ist großen Druck ausüben, um die Deutschen zu kriegen; ich will allen Einfluss, den ich habe, nutzen, um die Allianz zusammenzuhalten und die Deutschen zu veranlassen, die Rechnung zu zahlen; aber sie wollen es nicht tun, und wenn sie es nicht können, kann ich allein es auch nicht.« (»What you have to do is put great pressure to get the Germans; I want to use all the influence I can to hold the Alliance together and get the Germans to pay the bill; but they don't want to do it, and if they can't do it, I can't do it by myself.«)⁵⁹

Die von Währungs- und Handelskonflikten zwischen den USA und Europa gekennzeichneten 1970er und 1980er Jahre begannen mit einer einseitigen Aufkündigung der Grundlagen des Systems von Bretton Woods durch die Regierung Nixon im Jahre 1971 (Nixon-Schock). Die USA lösten sich von der Verpflichtung, den Dollar jederzeit in Gold umzutauschen. Als die wichtigsten Welthandelsländer 1973 zu flexiblen Wechselkursen übergingen, konnten die USA den Dollar auch gegenüber den eigenen Verbündeten als politische Waffe einsetzen. Um, nach amerikanischer Ansicht, »unfairen« Handelspraktiken anderer Länder zu begegnen, legten sie sich außerdem in den Jahren 1974 und 1988 neue außenhandelspolitische Werkzeuge zu, um auf tatsächliche oder vermeintliche protektionistische Praktiken anderer Staaten notfalls mit Vergeltungsmaßnahmen reagieren zu können.⁶⁰ Obwohl seit 1974 die Außenhandelspolitik eine gemeinsame Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft wurde; obwohl die Wirtschaftspolitiken der Staaten durch internationale Institutionen wie OECD, GATT, Weltbank und Weltwährungsfonds multilateralisiert wurden; obwohl seit 1974 auf Initiative des französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing und Bundeskanzlers Helmut Schmidt die Weltwirtschaftsgipfel der Staatshäupter ins Leben gerufen wurden und die Kommunikationsdichte zwischen den Finanzministern und Notenbankpräsidenten der wichtigsten Industrieländer zunahm, blieb doch für alle beteiligten Staaten die Multilateralisierung nur eine, allerdings

59 Memorandum for the Record, Subject: President's Conversation with John McCloy Concerning U.S. Position in Trilateral Negotiations, 10:45–11:40 am, Wednesday, March 1, 1967, Francis Bator Papers, box 17, folder: Trilateral-McCloy Meeting, Lyndon B. Johnson Library, Austin, Tex. Ich danke Philipp Gassert für den Hinweis auf dieses Dokument.

60 Siehe den einführenden Essay und den Beitrag von *Harold James* sowie die Beiträge von *Monika Medick-Krakau*, *Andreas Falke* und *Bernhard May*, Bd. 2, Wirtschaft.

konflikteinhegende Methode, um die eigenen nationalen Interessen durchzusetzen, wie sie von den jeweiligen Politikern in Entscheidungssituationen definiert wurden.

Im Hinblick auf die Durchsetzung ihrer nationalen Interessen blieben die USA die bedeutendste Macht. Sie garantierten den Zugang zu Öl und anderen Rohstoffen. Der Dollar blieb trotz aller Krisenerscheinungen die bedeutendste Währung, der riesige amerikanische Binnenmarkt war gegen Vergeltungsmaßnahmen vergleichsweise unempfindlich, die USA blieben weit weniger exportabhängig als etwa die Bundesrepublik und Japan. An diesen Tatsachen konnten weder die Bundesrepublik noch die Europäische Gemeinschaft etwas ändern, aller verstärkten deutsch-französischen und innereuropäischen Zusammenarbeit zum Trotz. Der den USA verbliebene unilaterale Handlungsspielraum in wirtschaftspolitischen Fragen wurde in den 1980er Jahren noch sichtbar, als Präsident Ronald Reagan in seiner ersten Amtszeit (1981–1985) die Entspannungspolitik aufkündigte, eine gewaltige (Nach)Rüstung initiierte und die Kosten zu einem erheblichen Maße von Japan und den Europäern tragen ließ.

Denn die amerikanische Aufrüstung hatte schwerwiegende wirtschaftliche Folgen. Von 1980 bis 1984 stiegen in den USA die Militärausgaben um 40 Prozent, gleichzeitig beschloss der Kongress Steuersenkungen. Beide Maßnahmen zusammen führten zu einem ständig steigenden Haushaltsdefizit und einer immensen Verschuldung der USA im Ausland. 1985 wurden die USA zum ersten Male seit dem Ersten Weltkrieg wieder eine Schuldnation. Während das Land 1980 noch eine positive Nettovermögensposition von 106,2 Milliarden Dollar aufwies, hatte es 1988, am Ende der Amtszeit Reagans, eine negative Nettovermögensposition von 532,5 Milliarden Dollar.⁶¹ Die Staatsschuld wuchs von 1980 bis 1985 von 914 Milliarden auf 1 823 Milliarden Dollar an, 1991 näherte sie sich der Grenze von 4 Billionen.⁶² Seit der Amtszeit von Präsident Reagan lebten die Amerikaner auf Pump, besonders vom Kapitaltransfer aus Europa und Japan. Die Regierung Bush konnte dem großen Beweger, gescheiterten Reformer und Zauberlehrling Michail Gorbatschow die gewünschte massive Wirtschaftshilfe nicht gewähren, weil sie sich angesichts der Haltung des Kongresses das Geld selbst auf den Kapitalmärkten hätte leihen müssen. Im Golfkrieg gegen Saddam Hussein dominierten die Amerikaner zwar militärisch, ließen ihn aber weitgehend von Saudi-Arabien, Japan und Deutschland bezahlen.

Während die Krisen der Weltwirtschaft und der Verlust der amerikanischen ökonomischen Hegemonie in erster Linie eine Herausforderung für jene Staaten, internationale Organisationen und »Gipfeltreffen« darstellten, die die Regeln des »freien« Weltmarktes zu beeinflussen suchten, führte der Verlust der nuklearen Überlegenheit der USA zur Aufwertung des überragenden Feindes im Kalten Krieg, der kommunistischen, totalitär verfassten Sowjetunion. Das atomare Patt zwischen den Supermächten und seine politisch-militärischen Folgen waren das überragende

61 *Carl-Ludwig Holtfrerich*, *Wirtschaft USA. Strukturen, Institutionen und Prozesse*. München 1991, 369.

62 *Paul M. Kennedy*, *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärische Konflikte von 1500 bis 2000*. Frankfurt a. M. 1991, 776 [English version: *Paul M. Kennedy, The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000* (New York, 1987), 527]; *ders.*, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 1993, 378. [English version: *Paul M. Kennedy, Preparing for the Twenty-First Century* (New York, 1993).]

Strukturproblem der Sicherheitspolitik in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren. Die aus diesem strategischen Sachverhalt für Europa und seinen Frontstaat, die Bundesrepublik, resultierenden Probleme konnten grundsätzlich nur in dem Dreieck UdSSR-USA-Westeuropa verhandelt werden. Sicherheitspolitisch kann man diese Jahrzehnte als andauernden Versuch der Europäer ansehen, Einfluss auf die Nuklearpolitik der westlichen Supermacht zu gewinnen, zugleich als andauernden Versuch der USA, bilaterale Abkommen mit der Sowjetunion zu schließen, wobei an die NATO-Verbündeten nur so viel Konzessionen gemacht wurden, wie nötig waren, um das Bündnis nicht zu gefährden.⁶³ Für die Bundesrepublik stand besonders viel auf dem Spiel, nämlich ihre Sicherheit und ihre Hoffnung auf Wiedervereinigung.⁶⁴

Aus dem atomaren Patt, konkretisiert in der wechselseitig gesicherten Vernichtungsfähigkeit der beiden Supermächte (»Mutual Assured Destruction«) (MAD), erwuchs ein unwiderstehlicher Zwang zur Rüstungskontrolle, Kooperation und begrenzten Entspannung zwischen den USA und der UdSSR, um den schlimmsten anzunehmenden Unfall, den nuklearen Holocaust, zu verhindern. Militärisch hatte sich der durch konkurrierende Bedrohungsszenarien und die Interessen der militärisch-industriellen Komplexe beider Seiten angetriebene Rüstungswettlauf schon längst ad absurdum geführt. 1972 zum Beispiel besaßen die USA und die Sowjetunion genügend nukleare Waffen, um über jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind auf der Erde 15 Tonnen radioaktiven TNTs explodieren zu lassen.⁶⁵ Schon nach dem Schock der Berlinkrise und der Kubakrise war es zwischen den beiden Supermächten zu einigen Verträgen gekommen, um das Wettrüsten zu bremsen und die Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Überraschungsangriffes zu verkleinern. 1962 hatten die beiden Mächte eine gemeinsame friedliche Nutzung des Weltraumes auf einigen Gebieten vereinbart, 1963 eine direkte Fernschreibverbindung (»Heißer Draht«) zwischen dem Kreml und dem Weißen Haus installiert. 1967 unterzeichneten die USA, die Sowjetunion und Großbritannien einen Vertrag über die friedliche Erforschung und Nutzung des Weltraums; am 1. Juli 1968 machten diese Staaten den Versuch, durch den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen zugleich das Monopol der Atomkräfte zu sichern und eine unkontrollierte Vermehrung von Atomkräften zu verhindern. Alle drei Mächte hatten ein überragendes Interesse daran, der Bundesrepublik Deutschland den Zugang zu Atomwaffen zu verwehren. Im Mai 1972 wurde aus Anlass des Besuches von Präsident Nixon in Moskau die seit 1970 laufende Runde von Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Rüstungen (SALT I)

63 Zum Problem der Zusammenarbeit in der hegemonialen Bündnisstruktur nach 1945 siehe *Thomas Risse-Kappen, Cooperation Among Democracies*. Princeton 1995; *Geir Lundestad, »Empire« by Integration. The United States and European Integration 1945–1997*. Oxford 1998; *Josef Joffe, The Limited Partnership. Europe, the United States, and the Burdens of Alliance*. Cambridge 1987. Eine vorzügliche Illustration aus deutscher Sicht sind die Memoiren von *Helmut Schmidt, Menschen und Mächte*. Berlin 1987, 151–340. [English version: *Helmut Schmidt, Men and Powers: A Political Retrospective* (New York, 1989), 119–284.]

64 Siehe die Beiträge von *Klaus Schwabe, Gottfried Niedhart, Klaus Larres, Werner Link, H. W. Brands, Steven Brady* und *Christian Hacke*, Bd. 2, Politik; von *Wolfgang Krieger, Kori Schake, Michael Broer* und *Matthias Dembinski*, Bd. 2, Sicherheit.

65 *Walter LaFeber, The American Age: United States Foreign Policy at Home and Abroad Since 1750*. London 1985, 615.

abgeschlossen. Es ging darum, die offensiven Trägersysteme zu begrenzen, indem beide Seiten Höchstgrenzen für nukleare Interkontinentalraketen und für Raketen festlegten, die von U-Booten abgefeuert wurden. Zugleich einigte man sich auf einen Rüstungsstop und eine Begrenzung ballistischer Raketenabwehrsysteme (ABM), die theoretisch geeignet waren, einer Seite die Zweitschlagskapazität zu nehmen, was wiederum das Gleichgewicht des Schreckens zerstört hätte.

Für beide Seiten beruhte die Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik auf politischen Annahmen und Erwartungen. Zu den sowjetischen Zielen gehörten nukleare Parität mit den USA, die Anerkennung als gleichberechtigte Supermacht und globaler Konkurrent in allen Regionen der Welt, die Wahrung des politischen Status quo in Europa, d. h. der Teilung Europas und Deutschlands, und schließlich die tatsächliche Respektierung des kommunistischen Blocks unter sowjetischer Führung. Die USA ihrerseits waren zwar zu Rüstungskontrollverhandlungen und 1975 in der Schlussakte von Helsinki zur außenpolitischen Zementierung des Status quo in Europa bereit (Gewaltverzicht, Unverletzbarkeit der Grenzen). Damit wurde ein Verhaltensmuster, das die USA beim Aufstand der Ostdeutschen im Jahre 1953, der Ungarn im Jahre 1956, beim Bau der Mauer im Jahre 1961 und beim Einmarsch des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei 1968 gezeigt hatten, nämlich militärisch nicht in den kommunistischen Machtbereich zu intervenieren, zum – wenn auch völkerrechtlich nicht bindenden – Prinzip erhoben. Aber die USA haben die Sowjetunion nie als politisch und moralisch gleichberechtigte Supermacht anerkannt. Der Kommunismus blieb für die Amerikaner ein menschenfeindliches, alle Freiheitsrechte missachtendes System. In Helsinki musste die Sowjetunion deshalb widerwillig das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten der Bürger (Korb III) akzeptieren, wohl wissend, dass die tatsächliche Durchsetzung dieser Freiheiten die kommunistischen Systeme des Ostblocks zum Einsturz bringen musste. Die Schlussakte von Helsinki war deshalb, wie die Ostverträge der Bundesrepublik, zugleich ein Instrument des Status quo und seiner Überwindung.⁶⁶

Auch nach dem Ende des Vietnam-Krieges blieb die antagonistische Grundstruktur des Kalten Krieges bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion bestehen. Der globale Wettbewerb der Supermächte ging selbst in der Hochzeit der begrenzten Entspannungspolitik von 1970 bis 1975 weiter. Seit Mitte der Amtszeit Präsident Jimmy Carters verlor diese begrenzte Entspannungspolitik mehr und mehr die innenpolitische Zustimmung in den USA. Die Amerikaner kamen zu dem Schluss, dass die Sowjetunion durch militärische Interventionen in der Dritten Welt und durch eine gefährliche Aufrüstung – neue Interkontinentalraketen, neue atomgetriebene U-Boote, Aufbau von sechs Hochseefloten und die Aufstellung neuer, besonders für Europa gefährlicher Mittelstreckenraketen – sich selbst als weltweit überlegene Supermacht zu etablieren suchte. Präsident Reagan beendete in seiner ersten Amtszeit die Entspannungspolitik und führte die USA in einen eiskalten Krieg mit der Sowjetunion. Antikommunismus und Aufrüstung waren die Grundpfeiler seines Programms.

⁶⁶ Siehe den Beitrag von *Michael Lucas*, Bd. 2, Politik.

Am meisten erstaunte und erschreckte Reagan die Welt mit der Ankündigung vom März 1983, einen undurchlässigen Zaun im Weltraum (SDI – *Strategic Defense Initiative*) entwickeln zu lassen, der die USA vor einem nuklearen Überraschungsangriff der Sowjetunion schützen sollte. Ein solcher Zaun versprach den USA die unangreifbare Sicherheit des 19. Jahrhunderts zurückzugeben. Zugleich drohte er, Europa von den USA abzukoppeln und mit der Logik der gegenseitigen Abschreckung auch die NATO zu zerstören.⁶⁷ Reagans Botschaft in seiner ersten Amtszeit war klar: Sicherheit für die USA sollte nicht durch Entspannung und Rüstungskontrolle, sondern durch mehr Rüstung und verfeinerte Technologie gefunden werden.

Sowohl die Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik als auch der zweite Kalte Krieg hatten schwerwiegende Konsequenzen für die amerikanisch-deutschen Beziehungen. Wie in der Frühphase des Kalten Krieges blieb das bilaterale Verhältnis eine abhängige Variable der US-Politik gegenüber der Sowjetunion und Westeuropa.⁶⁸ Die Entspannungspolitik verschob die Aussicht auf die Wiedervereinigung der Deutschen in eine unbestimmte Zukunft. Die Mauer hatte Adenauers Versprechen, dass eine Politik der Stärke zur Wiedervereinigung führe, als Trug entlarvt. Die Rüstungskontrollpolitik machte den Deutschen die Dilemmata ihrer Sicherheitslage im nuklearen Zeitalter erst voll bewusst. Es ist deshalb kein Zufall, dass Kennedys neue Sicherheitspolitik zu schweren Konflikten mit der Regierung Adenauer führte und die gemeinsame französisch-deutsche Reaktion darauf, der Élysée-Vertrag, zum vorzeitigen Abgang Adenauers beitrug; dass Johnsons Sicherheitspolitik den Sturz von Bundeskanzler Ludwig Erhard herbeiführte; dass Carters und Reagans Politik ihren Anteil daran hatten, die Stellung Helmut Schmidts in seiner eigenen Partei zu unterhöhlen und Kanzler Kohl in einem politischen Kraftakt den NATO-Doppelbeschluss gegen eine gewaltige deutsche Friedensbewegung durchsetzen musste.

Die Bundesrepublik war seit ihrer Gründung total und alternativlos von einer glaubwürdigen nuklearen Abschreckung der Sowjetunion durch die USA abhängig. Die Abschreckung durfte nicht versagen, der Ernstfall eines Angriffs durch den Warschauer Pakt nicht eintreten. Denn entweder würde in diesem Fall die Bundesrepublik fast ohne Gegenwehr überrannt werden, was zumindest das physische Überleben der Westdeutschen gesichert hätte (»lieber rot als tot«), oder die Bundesrepublik wäre zum Schlachtfeld konventioneller und atomarer Waffen »unterschiedlicher Reichweite«, möglicherweise auch chemischer und biologischer Waffen, geworden. Das Gespenstische der sich über Jahrzehnte bilateral oder im Rahmen der NATO hinziehenden Planungen für den Ernstfall lag für die Deutschen darin, dass die Bundesrepublik lediglich ihre Todesart mitbestimmen konnte.⁶⁹ Auch die in den

67 Die Wiederbelebung derartiger Pläne durch den US-Kongress und die Regierung Clinton ruft am Ende des Jahrtausends ähnliche europäische Ängste wach. Siehe *William Drozdiak*, Possible U.S. Missile Shield Alarms Europe, *Washington Post*, 6.11.1999, A1; Ausbau der amerikanischen Raketenabwehr: Fischer kritisiert US-Pläne, *Süddeutsche Zeitung*, 5.11.1999, 8.

68 Siehe die Beiträge von *Manfred Görtemaker*, *Frank Ninkovich*, *Diethelm Prowe* und *Manfred Knapp*, Bd. 1, Politik; von *Wolfgang Krieger*, *Kori Schake* und *Erhard Formdran*, Bd. 1, Sicherheit, und fast alle Beiträge in Bd. 2, Politik und Sicherheit.

69 Dies zeigten bereits erste Planspiele mit Atomwaffen Mitte der 1950er Jahre. Siehe die Beiträge von *Kori Schake* und *Frederick Zilian Jr.*, Bd. 1, Sicherheit.

1960er Jahren in der NATO mühsam durchgesetzte Strategie der »flexiblen Reaktion« (*flexible response*) auf einen Angriff aus dem Osten, die durch eine »Pause« zwischen dem Einsatz konventioneller und nuklearer Waffen in Europa allein dem amerikanischen Präsidenten Verhandlungszeit vor dem Auslösen des interkontinentalen Atomschlags geben sollte, änderte nichts am Dilemma der Bundesrepublik. »Ein aus amerikanischer Sicht begrenzter Konflikt würde für die Bundesrepublik als dem militärisch exponiertesten Land ein totaler Krieg sein und ihre nationale Existenz auslöschen.« (»A ›limited conflict‹ from the U.S. standpoint would be a total war for the Federal Republic and would extinguish its national existence.«)⁷⁰

Es lag deshalb in der Logik der Situation, dass die amerikanisch-deutschen Sicherheitsbeziehungen seit dem Aufbau der Bundeswehr bis kurz vor der Wiedervereinigung von Dissonanzen und Konflikten gekennzeichnet waren, selbst wenn die USA gelegentlich, etwa beim NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979, den deutschen und europäischen Besorgnissen entgegenkamen, um den Zusammenhalt des NATO-Bündnisses nicht zu gefährden. Die Strategie der flexiblen Reaktion, der unausgereifte, von den USA als Placebo für die Deutschen gedachte Plan einer seegestützten, multilateralen Atomstreitmacht in Europa, der schließliche Ausschluss des eingedämmten Verbündeten von jedem Mitbesitz an Atomwaffen, der NATO-Doppelbeschluss, die Stationierung von Nuklearwaffen mittlerer und kürzerer Reichweite in Europa, die Neutronenbombe oder das SDI-Programm der Amerikaner sind dafür beredte Beispiele.⁷¹

Das atomare Patt sowie die militärische, wirtschaftliche, politische, geistige und seelische Belastung durch den Vietnam-Krieg zwangen die Vereinigten Staaten zur politischen Entspannung in Europa und die Westdeutschen zur größten Kurskorrektur ihrer Außenpolitik seit 1955, nämlich zur tatsächlichen, nicht völkerrechtlichen, Anerkennung der deutschen Teilung in den Ostverträgen von 1970 bis 1972. Durch eine »aktive Anpassung an die amerikanische Détente-Politik« (»active adjustment to American détente policy«)⁷² mussten viele Deutsche von der Illusion der 1950er Jahre Abschied nehmen, die europäische Entspannung von Fortschritten in der Frage der deutschen Wiedervereinigung abhängig machen zu können. Der Beginn des Mauerbaus am 13. August 1961 in Berlin und die Hinnahme der Absperrung des Ostsektors durch den Westen war die Stunde der großen Desillusionierung. Die auflagenstärkste deutsche Zeitung, das Massenblatt *Bild*, empörte sich am 16. August: »Der Westen tut NICHTS! US-Präsident Kennedy schweigt ... MacMillan geht auf die Jagd ... Und Adenauer schimpft auf Brandt ...!«⁷³ Während die Rüstungskontrollpolitik der Supermächte die Deutschen mit brutaler Deutlichkeit an das Dilemma ihrer (Un-)Sicherheitspolitik erinnerte, symbolisierte die Mauer die Sackgasse der westlichen Wiedervereinigungspolitik.

70 Helga Haftendorn, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955/1982. Baden-Baden 1983, 183. [English version: Helga Haftendorn, Security and Detente: Conflicting Priorities in German Foreign Policy (New York, 1985), 105.]

71 Siehe die Beiträge in Bd. 1 und 2, Sicherheit.

72 Siehe den Beitrag von Werner Link sowie die Beiträge von Klaus Schwabe, Gottfried Niedhart, Richard Wiggers und Christian Hacke, Bd. 2, Politik.

73 Zit. n. Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963. Stuttgart 1983, 146.

Genau besehen, musste die Bundesrepublik sich vom Bau der Mauer bis zu der von Michail Gorbatschow eingeleiteten Revolution der internationalen Beziehungen Ende der 1980er Jahre zweimal an eine neue amerikanische Politik anpassen: bis zur Mitte der Amtszeit Carters an die amerikanische Entspannungspolitik, dann an Reagans zweiten Kalten Krieg. Der Hund wedelte auch in diesem Fall mit dem Schwanz, nicht umgekehrt. Die zweite Anpassung war deshalb so schwer, weil die Mehrheit der Westdeutschen nach den Ostverträgen ihren Frieden mit der Entspannungspolitik gemacht und eine mögliche Wiedervereinigung innerlich auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben hatte. Mit dem Woodrow Wilson des nuklearen Zeitalters, Ronald Reagan, hatten die Deutschen große Probleme. Seine Politik der Aufrüstung und sein manichäisches Weltbild hielten sie für gefährlich, die »Angst vor den Freunden« (Oskar Lafontaine) wuchs und schürte die Protestbewegung gegen die Stationierung amerikanischer Pershing-Raketen und Marschflugkörper (*cruise missiles*) in Europa. Die Anpassungsprozesse hinterließen tiefe Schleifspuren in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, der deutschen Gesellschaft und den deutschen Parteien.⁷⁴ Erst im Prozess der deutschen Wiedervereinigung zeigte sich, wie in den 1950er Jahren, erneut eine grundsätzliche Parallelität der Werte und Interessen von Amerikanern und Deutschen.⁷⁵

Ankunft im Westen: Der amerikanische Einfluss auf die Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik

Wenn der Historiker von der deutschen Wiedervereinigung auf die Geschichte der amerikanisch-deutschen Beziehungen im Zeitalter des Kalten Krieges zurückblickt, dann darf die Aussage gewagt werden, dass von allen Staaten und Gesellschaften der Welt die USA den größten Einfluss auf die bundesrepublikanische Gesellschaft und Kultur ausgeübt haben. Wie in der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik, so gab es auch in der deutschen Gesellschaft und Kultur kaum einen Bereich, der nicht eine amerikanische Dimension besaß.

Während die Deutschen die neue Supermacht des Westens nach 1945 gleichsam als »exogenen Revolutionär« (»exogenous revolutionary«) erfuhren, »als Ankläger, Richter und Umerzieher, der Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland radikal verändern« (»as accuser, judge, and re-educator attempting to radically change the German government, society, and economy«)⁷⁶, durch eine gezielte »Amerikanisierung von oben« die politische Kultur der Deutschen verwestlichen, demokratisieren und transformieren wollte, kann man das Jahrzehnt von 1955–1965 als Inkubationszeit der »Amerikanisierung von unten« ansehen, die danach die westdeutsche Gesellschaft voll erfasste.⁷⁷ Bei der »Amerikanisierung von unten« handelt es sich,

74 Siehe den Beitrag von Matthias Zimmer, Bd. 2, Politik.

75 Siehe den Beitrag von Stephen F. Szabo, Bd. 2, Politik, und von Karl Kaiser, Bd. 2, Sicherheit.

76 Siehe den Beitrag von Knud Krakau, Bd. 1, Gesellschaft.

77 Siehe den Beitrag von Axel Schildt, Bd. 1, Gesellschaft. Siehe auch ders., *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*. Frankfurt a. M. 1999.

anders als in der Zeit von 1945 bis Anfang der 1950er Jahre, nicht in erster Linie um die Folgen staatlicher Politik der USA, sondern um den Einfluss nicht-staatlicher amerikanischer Akteure auf die bundesrepublikanische Gesellschaft und Kultur.

So plausibel wie diese allgemeinen Aussagen auch erscheinen mögen, so muss doch eingeräumt werden, dass die historische Forschung über die Amerikanisierung Deutschlands und die Herausbildung einer Zivilgesellschaft, insbesondere für die 1960er, 1970er und 1980er Jahre, erst am Anfang steht. Außerdem hat die Forschung große Mühe, diesen Einfluss sachlich zu fassen und begrifflich zu bestimmen. Die wissenschaftliche Diskussion um diesen Einfluss auf die Mentalität, Gesellschaft und Kultur der Westdeutschen – in bescheidenen Ansätzen auch auf die Ostdeutschen hinter dem Eisernen Vorhang – ist um einige Begriffe zentriert (»Amerikanisierung«, »Demokratisierung«, »Verwestlichung«, »Westernisierung«, »Modernisierung« und »Technisierung«), die oftmals synonym verwendet werden, deren gemeinter Sinn gleichwohl konkurriert oder sich überlappt.⁷⁸ Die Klärung dieser Begriffe wird zusätzlich dadurch erschwert, dass sie keine Erfindungen der Historiker sind, sondern in den zeitgenössischen Quellen als normativ aufgeladene und oft pejorativ verwendete Begriffe erscheinen, z. B. im Vokabular eines entschiedenen Antiamerikanismus.⁷⁹

Überdies ist es außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich, die Eindringbreite und Eindringtiefe des amerikanischen Einflusses, das zeitlich und sachlich unterschiedliche Mischungsverhältnis von amerikanischem Einfluss und deutscher Tradition, von Ablehnung und Nachahmung, von aktiver Anpassung und kultureller Selbstbehauptung, von amerikanischer Sendung und freiheitlich-demokratischer Disposition der Deutschen, von Proamerikanismus und Antiamerikanismus genau zu bestimmen. Eine wachsende Anzahl von Historikern stellt die Frage, ob es im Bereich »interkultureller Transferprozesse«⁸⁰ überhaupt so etwas wie eine Einbahnstraße geben könne. Selbst eine Supermacht wie die USA besitze im Bereich der

78 Siehe die Beiträge von *Frank Trommler*, Bd. 1, Kultur; von *Volker Berghahn*, *Axel Schildt* und *Raimund Lammersdorf*, Bd. 1, Gesellschaft; von *Frank Trommler* und *Klaus Milich*, Bd. 2, Kultur; von *Lily Gardner-Feldman* und *Stephen Kalberg*, Bd. 2, Gesellschaft. Siehe auch *Michael Ermarth* (Hrsg.), *America and the Shaping of German Society, 1945–1955*. Providence, RI/Oxford 1993; *Konrad Jarausch/Hannes Siegrist* (Hrsg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland, 1955–1970*. Frankfurt a. M./New York 1997; *Alf Lüdtke/Inge Marbolek/Adelheid von Saldern* (Hrsg.), *Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart 1996; *Anselm Doering-Manteuffel*, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*. Göttingen 1999. *Reiner Pommerin* (Hrsg.), *The American Impact on Postwar Germany*. Providence, RI/Oxford 1995; *Axel Schildt/Arnold Sywottek* (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Aktualisierte Studienausgabe*. Bonn 1998; *The American Occupation of Germany in Cultural Perspective. A Roundtable*, in: *Diplomatic History* 23, 1999, 1–77 sowie die instruktiven Literaturberichte von *Anselm Doering-Manteuffel*, *Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 35, 1995, 1–34; *Bernd Greiner*, »Test the West.« Über die »Amerikanisierung« der Bundesrepublik Deutschland, in: *Mittelweg* 36, 1997, 4–40; *Philipp Gassert*, *Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung. Neue Literatur zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des amerikanischen Einflusses in Deutschland und Europa*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 39, 1999, 531–561.

79 Siehe die Beiträge von *Knud Krakau* und *Philipp Gassert*, Bd. 1, Gesellschaft; von *Claus Leggewie*, *David B. Morris*, *Rainer Schnoor* und *Philipp Gassert*, Bd. 2, Gesellschaft.

80 *Johannes Paulmann*, *Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhundert*, in: *Historische Zeitschrift* 267, 1998, 649–685.

Kultur nicht die Fähigkeit, direkt und unmittelbar Einfluss und Macht auszuüben: kulturelle Macht verstanden als das Vermögen, einem Anderen seinen Geist, seine Sprache und seine Lebensform aufzuzwingen. Intergesellschaftliche und interkulturelle Übertragung könnten nicht in solchen binären Subjekt-Objekt-Kategorien erfasst werden. Kulturelle Aneignung bedeute immer Verwandlung und Einschmelzung in die eigene Tradition. Für das amerikanisch-deutsche Verhältnis hieße das, dass die »Westernisierung«, »Demokratisierung« und »Modernisierung« der Bundesrepublik gerade nicht als »Amerikanisierung« gedeutet werden sollte, sondern als eine bundesrepublikanische Kultur- und Gesellschaftssynthese, in die der amerikanische Einfluss eingegangen und in der er aufgehoben ist.⁸¹

Schließlich sei daran erinnert, dass die Diskussion um den amerikanischen Einfluss auf die Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Teil einer in Europa und anderen Regionen der Erde geführten Debatte um die »Amerikanisierung« der Welt ist. Denn der Aufstieg der USA zur globalen Supermacht des 20. Jahrhunderts wurde begleitet von einer ebenfalls globalen Perzeptionsgeschichte durch die von amerikanischem Vorbild und Einfluss, von amerikanischer Hegemonie und Herrschaft betroffenen Nationen und Regionen, Gesellschaften und politischen Systeme in Europa, Asien und Lateinamerika, zum geringeren Teil auch in Afrika.⁸²

Auch in Deutschland begann die Amerikanisierungs- und Modernisierungsdiskussion nicht erst nach 1945, auch in Deutschland hat es schon in der ersten Hälfte des Jahrhunderts amerikanischen Einfluss auf die deutsche Gesellschaft und Kultur gegeben.⁸³ Aber erst nach 1945 wurde Westdeutschland auch gesellschaftlich und kulturell ein Teil der »euramerikanischen« Zivilisation des Westens, unter dem Schirm der amerikanischen Hegemonie, dem Einfluss des Kalten Krieges und einem weltgeschichtlich einmaligen Wirtschaftswachstum der Industriestaaten auf beiden Seiten des Atlantiks.

81 Siehe mit ähnlichen Schlussfolgerungen *Richard Pells*, *Not Like Us. How Europeans Have Loved, Hated, and Transformed American Culture Since World War II*. New York 1997. Siehe auch *Berndt Ostendorf*, *The Final Banal Idiocy of the Reversed Baseball Cap*. Transatlantische Widersprüche in der Amerikanisierungsdebatte, in: *Amerikastudien/American Studies* 44, 1999, 25–47.

82 Einen vorzüglichen Einstieg in diese Problematik ermöglicht Michael J. Hogan (Hrsg.), *The Ambiguous Legacy: U.S. Foreign Policy in the American Century*. New York 1999. Siehe auch *Peter Duignan/L. H. Gann*, *The Rebirth of the West. The Americanization of the Democratic World, 1945–1958*. 2. Aufl. Lanham, Md., 1996; *Rob Kroes*, *If You've Seen One, You've Seen the Mall. Europeans and American Mass Culture*. Urbana 1996; *Richard F. Kuisel*, *Seducing the French. The Dilemma of Americanization*. 2. Aufl. Berkeley 1996.

83 Siehe *Alexander Schmidt*, *Reisen in die Moderne. Der Amerika-Diskurs des deutschen Bürgertums vor dem Ersten Weltkrieg im europäischen Vergleich*. Berlin 1997; *Egbert Klautke*, *Amerika im Widerstreit. Vergleichende Untersuchungen zur Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten in Deutschland und Frankreich während der »Klassischen Moderne«, 1900–1933*. Diss. phil. Heidelberg 1999; *Detlev Peukert*, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*. Frankfurt a. M. 1987 [English version: *Detlev Peukert, The Weimar Republic: The Crisis of Classical Modernity* (New York, 1992)]; *Mary Nolan*, *Visions of Modernity. American Business and the Modernization of Germany*. Oxford 1994; *Frank Costigliola*, *Awkward Dominion. American Political, Economic, and Cultural Relations with Europe, 1919–1933*. Ithaca, N.Y./London 1984; *Gassert*, *Amerika im Dritten Reich* (wie Anm. 16); *Junker*, *Kontinuität der Ambivalenz* (wie Anm. 16); *Frank Trommler*, *Aufstieg und Fall des Amerikanismus in Deutschland*, in: *Trommler*, *Amerika und die Deutschen* (wie Anm. 1), 666–676. [English version: *Frank Trommler*, »The Rise and Fall of Americanism in Germany,« in *Trommler and McVeigh*, eds., *America and the Germans*, 333–42.]

Die beiden Jahrzehnte von Anfang der 1950er bis Anfang der 1970er Jahre hat man mit einigem Recht als das »goldene Zeitalter« dieses Jahrhunderts bezeichnet.⁸⁴ Im Gegensatz zur Zeit vor 1945 hat sich außerdem über ein halbes Jahrhundert hinweg ein enges Gewebe hochdifferenzierter amerikanisch-deutscher Interaktionen herausgebildet. Gestützt auf die siegreiche Produktionsideologie des marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systems, das die Probleme von Armut und Verteilungsgerechtigkeit grundsätzlich durch Wirtschaftswachstum lösen will⁸⁵, und auf einen in Westdeutschland durch das Wirtschaftswunder der 1950er Jahre begründeten Massenwohlstand hat sich der amerikanische Einfluss auf den Massenkonsum und die Massenkultur ausgeweitet, auf die Populärkultur, wenn man nach amerikanischer Gewohnheit die Formen und Produkte der Unterhaltungs-, Vergnügungs- und Freizeitindustrie als »Populärkultur« (»popular culture«) bezeichnen will. Dieses Gewebe entstand durch einen verdichteten transatlantischen Warenhandel, durch erhöhte wechselseitige Investitionstätigkeit⁸⁶, durch verdichtete Kommunikationsnetze und Kommunikationstechniken (Film, Radio, Presse, Fernsehen), durch eine Revolution des transatlantischen Reisens und des Tourismus dank des Flugzeuges. Diese Tendenzen wurden noch verstärkt durch eine verdichtete berufliche Zusammenarbeit von Amerikanern und Westdeutschen auf vielen Gebieten, durch die wechselseitige, grenzüberschreitende Kommunikation von nicht-staatlichen Organisationen, wie z. B. von Kirchen⁸⁷, Unternehmens-⁸⁸, Gewerkschafts-⁸⁹ und Sportverbänden, von Universitäten, Wissenschaftsorganisationen und Fachverbänden⁹⁰, von sozialen Bewegungen wie den 68ern⁹¹, den Frauen-⁹², Friedens- und Umweltbewegungen⁹³, von Geheimdiensten⁹⁴, von politischen Stiftungen⁹⁵ und transatlantischen Eliten und Institutionen im Allgemeinen⁹⁶, aber auch von Rechtsradikalen.⁹⁷

Wie sehr die Forschung im Fluss ist, kann man daran erkennen, dass die Geschichte der Aneignung und Ablehnung Amerikas durch die westdeutschen politischen, militärischen, gesellschaftlichen und kulturellen Eliten während des Kalten Krieges noch nicht geschrieben worden ist. Dennoch gibt es schon mehrere Bausteine

84 Eric J. Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München/Wien 1995. [English version: Eric J. Hobsbawm, *The Age of Extremes: A History of the World, 1914–1991* (New York, 1994), 225–402.]

85 Charles S. Maier, *The Politics of Productivity. Foundations of American Economic Policy after World War II*, in: *International Organization* 31, 1977, 607–633.

86 Siehe die Beiträge von Hans-Eckart Scharer und Kerstin Müller-Neuhof, Bd. 1, *Wirtschaft*; von Hans-Eckart Scharer und Christine Borrmann, Bd. 2, *Wirtschaft*.

87 Siehe die Beiträge von Mark E. Ruff, Bd. 1, *Gesellschaft* und von Robert Goeckel, Bd. 2, *Gesellschaft*.

88 Siehe den Beitrag von Jonathan Wiesen, Bd. 1, *Gesellschaft*.

89 Siehe die Beiträge von Michael Fichter, Bd. 1 und Bd. 2, *Gesellschaft*.

90 Siehe die Beiträge von Mitchell G. Ash, Bd. 1, *Kultur*; von Willi Paul Adams und John McCarthy, Bd. 2, *Kultur*.

91 Siehe den Beitrag von Claus Leggewie, Bd. 2, *Gesellschaft*.

92 Siehe die Beiträge von Hanna Schissler, Bd. 1 und Bd. 2, *Gesellschaft*.

93 Siehe den Beitrag von Carl Lankowski, Bd. 2, *Gesellschaft*.

94 Siehe die Beiträge von Wesley Wark, Bd. 1, *Sicherheit*; und von Loch Johnson/Annette Freyberg, Bd. 2, *Sicherheit*.

95 Siehe den Beitrag von Ann Phillips, Bd. 2, *Gesellschaft*.

96 Siehe die Beiträge von Lily Gardner Feldman und Felix Philipp Lutz, Bd. 2, *Gesellschaft*.

97 Siehe den Beitrag von Thomas Grumke, Bd. 2, *Gesellschaft*.

für eine solche Geschichte, die sich in der Regel auf die Übernahme, Aneignung oder Ablehnung amerikanischer Ideen, Mentalitäten, Institutionen und Verhaltensmuster, ja des *American way of life* durch diese Eliten konzentrieren – Prozesse, die oftmals auf längere Aufenthalte in den USA zurückzuführen sind. Während die Versuche der Amerikaner, in ihrer Zone auf das deutsche Bildungssystem Einfluss zu nehmen, im Großen und Ganzen scheiterten⁹⁸, haben die Amerika-Häuser und die amerikanischen Austauschprogramme der frühen 1950er Jahre erheblich zur Verwestlichung eines Teiles der heranwachsenden Elite Westdeutschlands beigetragen. 1954 hatten ungefähr die Hälfte der Deutschen etwas von den Amerika-Häusern gehört, 84 Prozent davon kannten deren Programme genau. Von den USA lizenzierte und kontrollierte Medien wie Verlage, Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunksender trugen erheblich zur geistigen Öffnung gegenüber dem Westen bei.⁹⁹

Unter Ausblendung der negativen Seiten der USA – von Kriminalität, Armut, Rassismus und des Apartheidsystems im amerikanischen Süden – warben die Amerikaner für die liberalen und kapitalistischen Grundwerte ihres Gemeinwesens wie Freiheit, Toleranz, Eigeninitiative, Individualismus, Markt und Konsum. Von 1950 bis 1956 entwickelten die USA überdies mit Westdeutschland das größte je mit einem anderen Land durchgeführte Austauschprogramm. Bis 1956 hatten 14 000 Westdeutsche die USA besucht. Die Zielgruppe waren Angehörige der jüngeren Generation, von denen erwartet werden konnte, dass sie zur zukünftigen Elite der Bundesrepublik gehören würden. Wie wichtig die USA dieses Austauschprogramm mit der Bundesrepublik nahmen, mag die Tatsache verdeutlichen, dass das amerikanische Außenministerium zwischen 1950 und 1960 in 14 Studien die Wirkungen dieser Programme auf die deutschen Teilnehmer untersuchen ließ. 1952 kam eine Hochrechnung zu dem Ergebnis, dass zwischen 900 000 und 1,6 Millionen Deutsche »dem multiplikatorischen Einfluss des Austauschprogramms ausgesetzt waren« (»had been exposed to the multiplier effect of the exchange program.«).¹⁰⁰

Als diese staatlichen Programme der USA Mitte der 1950er Jahre ausliefen, traten die wiedergegründeten deutschen Mittlerorganisationen und private Organisationen auf beiden Seiten des Atlantiks an ihre Stelle, die bis zum Ende des Kalten Krieges (und darüber hinaus) den deutsch-amerikanischen Elitenaustausch auf eine feste Grundlage stellten.

Parallel zu diesen staatlichen Maßnahmen entwickelten sich andere, von den USA inspirierte (teilweise sogar vom amerikanischen Geheimdienst CIA finanzierte) Netzwerke, die in den 1950er und 1960er Jahren Einfluss auf die nichtkommunistische Linke in Westeuropa, besonders in der Bundesrepublik nahmen. Das Ziel dieser Netzwerke war, auf hohem geistigem Niveau eine antikommunistische und antitotalitäre Ideologie anzubieten. Man hat dieses Ideologieangebot oft als »Konsensliberalismus« bezeichnet. Es verband die klassischen amerikanischen Grundwerte wie Freiheit, Recht, Eigentum und das »Streben nach Glück« mit der Erfahrung der USA in den 1930er Jahren (New Deal), dass der aktive Staat als Agent von Reformen

⁹⁸ Siehe den Beitrag von *James F. Tent*, Bd. 1, Kultur.

⁹⁹ Siehe den Beitrag von *Jessica C.E. Gienow-Hecht*, Bd. 1, Kultur.

¹⁰⁰ Siehe den Beitrag von *Karl-Heinz Füssl*, Bd. 1, Kultur.

ein notwendiger Teil der marktwirtschaftlichen Ordnung sein müsse. Unternehmer und Gewerkschaften galten grundsätzlich als legitime Elemente dieses Systems, die Tarifverträge ohne Einmischung des Staates aushandeln sollten. Das wirtschaftliche Ziel des Konsensliberalismus war weder der Klassenkampf noch der schrankenlose Konkurrenzkapitalismus, sondern die Steigerung der Massenkaukraft durch Produktivität und Wachstum. Neuere Forschungen haben gezeigt, wie stark deutsche Eliten durch das Intellektuellenblatt *Der Monat* und das Intellektuellen-Netzwerk »Kongress für kulturelle Freiheit« geprägt wurden. Die Liste der durch diese Netzwerke beeinflussten Persönlichkeiten liest sich wie ein »Wer ist Wer« der frühen Bundesrepublik: Willy Brandt, Max Brauer, Adolf Grimme, Eugen Kogon, Siegfried Lenz, Golo Mann, Alexander Mitscherlich, Richard Loewenthal, Marcel Reich-Ranicki, Ernst Reuter, Karl Schiller, Carlo Schmid, Theo Sommer, Dolf Sternberger, Otto Suhr und viele andere. Von dieser Westernisierung wurden auch Teile des westdeutschen Protestantismus, der sich im Kronberger Kreis versammelt hatte, oder der einflussreichste Verlag der frühen Bundesrepublik, der Axel Springer Verlag, erfasst.¹⁰¹

Es waren nicht zuletzt diese konsensliberalen Eliten, die durch die Neue Linke und die 68er Bewegung als Repräsentanten einer bürgerlichen Klassengesellschaft angegriffen wurden. Es gehört zu den Ironien der Verwestlichung der Bundesrepublik, dass auch die amerikakritische Neue Linke einen Teil ihrer geistigen Munition, vor allem aber Protestformeln und Lebensmuster, aus den USA bezog.¹⁰² Für die 1970er und 1980er Jahre liegen noch keine genauen Untersuchungen des amerikanischen Einflusses auf die deutschen Eliten vor. Man darf aber vermuten, dass aufgrund der verdichteten transatlantischen Kommunikation in allen Lebensbereichen der amerikanische Einfluss auf die staatlichen und die nichtstaatlichen Akteure in der Bundesrepublik eher zunahm.

Eine andere Möglichkeit, sich dem Problem des Einflusses auf die deutschen Eliten und die Gesellschaft insgesamt zu nähern, sind sektorale Analysen. In diesen Fällen wird der Versuch unternommen, den amerikanischen Einfluss zum Beispiel auf die deutschen Medien¹⁰³, die Wissenschaft¹⁰⁴, die Amerikastudien¹⁰⁵, die deutsche Literatur und den deutschen Leser¹⁰⁶, auf das westdeutsche Theater¹⁰⁷, die deutsche Kunstszene¹⁰⁸, die Architektur¹⁰⁹, die Städte- und Verkehrsplanung¹¹⁰ oder das Denken

101 *Michael Hochgeschwender*, *Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen*. München 1998; *Thomas Sauer*, *Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises*. München 1998; *Gudrun Kruip*, *Das »Welt«-Bild« des Axel Springer Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen*. München 1998; Axel Schildt, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*. München 1999.

102 Siehe die Beiträge von *Claus Leggewie* und *Philipp Gassert*, Bd. 2, Gesellschaft.

103 Siehe den Beitrag von *David Posner*, Bd. 1, Gesellschaft.

104 Siehe den Beitrag von *Mitchell G. Ash*, Bd. 1, Kultur.

105 Siehe den Beitrag von *Willi Paul Adams*, Bd. 2, Kultur.

106 Siehe die Beiträge von *Martin Meyer*, Bd. 1 und Bd. 2, Kultur.

107 Siehe den Beitrag von *Andreas Höfele*, Bd. 1, Kultur.

108 Siehe die Beiträge von *Sigrid Ruby*, Bd. 1, Kultur; von *David Bathrick* und *Stefan Germer/Julia Bernard*, Bd. 2, Kultur.

109 Siehe die Beiträge von *Werner Durth*, Bd. 1 und Bd. 2, Kultur.

110 Siehe den Beitrag von *Jeffrey M. Dieffendorf*, Bd. 1, Gesellschaft; siehe auch den Beitrag von *Brian Ladd*, Bd. 2, Gesellschaft.

der deutschen Wirtschaftswissenschaftler¹¹¹ einzuschätzen. Auch hier handelt es sich oft um wechselseitige Interaktionen und Aneignungsprozesse, obwohl die dominante Beeinflussung eindeutig von West nach Ost erfolgte.

Auch der amerikanische Einfluss auf die westdeutsche Massenkultur und Konsumgesellschaft ist ein wachsendes, aber noch nicht konsolidiertes Forschungsfeld, das sich bisher nur für die 40er und 50er Jahre, in ersten Ansätzen auch für die Protestbewegung der »68er« auf empirische Einzelstudien stützen kann.¹¹² Sicher scheint zu sein, dass sich der anfängliche Widerstand der traditionellen deutschen Eliten gegen diesen Einfluss und die Befürchtungen eines möglichen Kulturverfalls durch Rock n' Roll, Boogie-Woogie, Halbstarke, Hippies, Jazz and Jeans seit dem Ende der 1950er Jahre verliefen und die Produkte der amerikanischen Freizeit-, Unterhaltungs- und Konsumindustrie zum überwiegend akzeptierten Teil der westdeutschen Gesellschaft wurden. Weder die amerikakritische 68er Bewegung noch die Friedens- und Protestbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss Anfang der 1980er Jahre noch die periodisch auftretenden Jeremiaden deutscher Kulturkritiker änderten etwas an diesem langfristigen Trend, der auch nach dem Ende des Kalten Krieges ungebrochen andauert und zum festen Bestandteil der kulturellen »Globalisierung« der Gegenwart geworden ist.

Wie sehr die Bundesrepublik am Ende des Kalten Krieges auch in dieser Hinsicht ein Teil des durch die USA dominierten Westens geworden war, mag nichts so eindringlich verdeutlichen wie die Amerikanisierung der deutschen Sprache, die zurecht als »Nachkriegsvariante einer wachsenden Anglisierung der deutschen Sprache seit dem 18. Jahrhundert« beschrieben wurde.¹¹³ Beginnend mit einer bewusst politischen und damit zugleich sprachlichen Orientierung an den USA in der frühen Nachkriegszeit, dehnte sich die Amerikanisierung der deutschen Sprache auf fast alle Lebensbereiche, Sektoren und Schichten der westdeutschen Gesellschaft aus. Am Ende des Kalten Krieges war es eine Binsenweisheit, dass das amerikanische Englisch zur lingua franca der westlichen Welt geworden war, und die Westdeutschen sowohl durch ihre englischen Sprachkenntnisse als auch durch die Amerikanisierung der deutschen Sprache an dieser Globalisierung teilnahmen.

Ironischerweise scheint sich in der Rückschau zu erweisen, dass während des Kalten Krieges für den zweiten deutschen Staat, für die Deutsche Demokratische Republik, der Einfluss der amerikanischen Populärkultur der in vieler Hinsicht bedrohlichste und kaum zu kontrollierende Teil der ansonsten marginalen amerikanisch-ostdeutschen Beziehungen war.¹¹⁴ Denn seit der Gründung der DDR im Jahre 1949 bis zur späten Aufnahme diplomatischer Beziehungen ein Vierteljahrhundert später betrieben die USA eine strikte Politik der Nichtanerkennung des sowjetischen Satelliten. Selbst die Anerkennung blieb weitgehend ein formaler Akt ohne politische, wirtschaftliche und fast ohne kulturelle Substanz. Die amerikanische

111 Siehe den Beitrag von *Harald Hagemann*, Bd. 2, Wirtschaft.

112 Siehe Anm. 78 und die Beiträge von *Uta G. Poiger*, Bd. 1, Kultur und *Michael Ermarth*, Bd. 2, Kultur.

113 Siehe den Beitrag von *Heidrun Kämpfer*, Bd. 2, Kultur.

114 Siehe die Beiträge von *Christian Ostermann*, Bd. 1 und Bd. 2, Politik; *Uta G. Poiger*, Bd. 1, Kultur; *Rainer Schnoor*, Bd. 1 und Bd. 2, Gesellschaft sowie *Heinrich Bortfeldt*, Bd. 2, Kultur.

Botschaft in Ost-Berlin wurde nur zur Botschaft »bei der Deutschen Demokratischen Republik«, es kam weder zu einem Handels- noch zu einem Kulturabkommen. Die Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion – ihre *raison d'être* – setzte dem außenpolitischen Handlungsspielraum des ostdeutschen Staates enge Grenzen, für die USA blieben bis zum Ende des Kalten Krieges und bis zur Wiedervereinigung die Bundesrepublik und die Sowjetunion die entscheidenden Fixpunkte. Vor dem Bau der Mauer unternahmen die USA einige halbherzige Versuche zur Destabilisierung der DDR im Rahmen einer zwiespältigen, nicht zu Ende gedachten Politik des *rollback*.¹¹⁵ Obwohl die mögliche Anerkennung der DDR zu einem zentralen Problem während der zweiten Berlin-Krise von 1958–1962 wurde, hielten die USA an ihrer bisherigen Politik fest. Mit dem Bau der Mauer wurde die DDR einerseits zum Symbol eines die Menschenrechte verachtenden Systems, andererseits verschwand für die amerikanische Öffentlichkeit der zweite deutsche Staat, der über keine innenpolitische Lobby in den USA verfügte, gleichsam hinter der Mauer.

Die kulturellen Kontakte zwischen beiden Staaten blieben vor der Anerkennung sporadisch, auch nach 1974 änderte sich daran nichts Grundlegendes, trotz einiger Initiativen von Einzelpersonen und Organisationen. Die einzige Ausnahme war, wie schon angedeutet, die grenzüberschreitende Anziehungskraft der amerikanischen Populärkultur und der Produkte des amerikanischen Massenkonsums, die die Bürger der DDR vor dem Fall der Mauer in West-Berlin selbst in Augenschein nehmen konnten und die nach dem Bau über die Medien, besonders über das Fernsehen, in ihr Bewusstsein drangen. Über mehrere Jahrzehnte kämpften die Staatspartei SED und die Autoritäten der DDR gegen diese Produkte und Ausdrucksformen des *American Way of Life*. Sie versuchten, den Konsum amerikanischer Popkultur – Boogie-Woogie, Jazz und Jeans, Rock und Pop, Jeans und Cowboyhüte, Elvis und Dallas – als kulturelle Barbarei, gezielte Unterwanderung und Gefahr für die Stabilität des Arbeiter- und Bauernstaates zu diskreditieren. Seit den 1970er Jahren schlug die SED eine neue Linie ein. Statt den Einfluss der US-Massenkultur direkt zu bekämpfen, versuchte man nun, ihn zu neutralisieren, zu bändigen und zur Stabilisierung des kommunistischen Systems zu vereinnahmen. Es half alles nichts, die Verführungs- und Anziehungskraft der amerikanischen Populärkultur machte nicht an den Grenzen der Bundesrepublik halt. Gegen die »globale, massenkulturelle Ökumene amerikanischer Prägung«¹¹⁶ war auf beiden Seiten der Mauer kein Kraut gewachsen. In dieser Hinsicht war auch der Osten schon vor der Wiedervereinigung im Westen angekommen.

115 Siehe den Beitrag von *Bernd Stöver*, Bd. 1, Politik.

116 Siehe den Beitrag von *Rainer Schnoor*, Bd. 2, Gesellschaft.

